

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022

## Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich

Sperrfrist: Donnerstag, 24. Juni 2021, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna



# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022

## Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Zuzana Molnárová

Michael Reiter

Klaus Weyerstraß



---

**AutorInnen**

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Zuzana Molnárová, Michael Reiter, Klaus Weyerstraß

**Titel**

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022  
Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich  
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 117

**Kontakt**

Michael Reiter

T +43 1 59991-154

E [mreiter@ihs.ac.at](mailto:mreiter@ihs.ac.at)

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E [glueck@paulglueck.com](mailto:glueck@paulglueck.com)

**2021 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

ZVR: 066207973

*Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.*

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung .....	7
2	Die internationale Konjunktur .....	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länderprognosen .....	19
3	Die österreichische Außenwirtschaft .....	30
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur .....	32
5	Monetäre Prognose .....	43
6	Tabellenanhang .....	47



## Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich

Mit den Erfolgen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie hat die österreichische Wirtschaft im Frühjahr kräftig Fahrt gewonnen. Das Institut hebt daher die Prognose für das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr auf 3,4 % an. Für das Jahr 2022 wird ein Wachstum von 4,5 % erwartet. Mit der Konjunkturerholung dürfte die Arbeitslosenquote auf 8,4 % in diesem bzw. 7,9 % im nächsten Jahr zurückgehen, damit aber weiterhin über dem Vorkrisenniveau bleiben. Im Einklang mit der internationalen Entwicklung klettert die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2021 voraussichtlich auf 2,2 % und sollte im kommenden Jahr 2,0 % betragen. Mit der verbesserten Konjunkturlage und dem Wegfall der coronabedingten Stützungsmaßnahmen dürfte das Budgetdefizit insbesondere im kommenden Jahr deutlich zurückgehen. Wirtschaftspolitische Konzepte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und zur Erreichung der Klimaziele sollten entwickelt und konsequent umgesetzt werden.

### 1 Einleitung und Zusammenfassung

Mit den Impffortschritten und wohl auch wegen saisonaler Effekte hat sich die Corona-Situation in Europa seit März spürbar entspannt, was eine signifikante Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen ermöglichte. Der Erholungsprozess der heimischen Wirtschaft wurde im ersten Quartal noch durch die strikten Eindämmungsmaßnahmen gebremst, welche den privaten Konsum und insbesondere den Tourismus belasteten. Nach ersten Berechnungen von Statistik Austria ist die heimische Wirtschaft im ersten Quartal 2021 noch um 1,1 % gegenüber dem Vorquartal geschrumpft. Aufgrund der zunehmenden Lockerungen hat die Konjunktur seither aber kräftig an Fahrt gewonnen. Laut dem Indikator der Oesterreichischen Nationalbank über die wöchentliche Wirtschaftsleistung verringerte sich die BIP-Lücke gegenüber dem Vorkrisen-Niveau zwischen Anfang März und Ende Mai von 6,3 % auf 1,2 %.<sup>1</sup> Das Institut unterstellt, dass mit der Impfung breiter Bevölkerungsschichten die Gesundheitskrise bis Ende des Sommers weitgehend überwunden wird. Gestützt von den guten internationalen Rahmenbedingungen sollte sich der Aufholprozess der heimischen Wirtschaft fortsetzen, worauf auch die Frühindikatoren hindeuten. Vor diesem Hintergrund hebt das Institut seine Prognose für das BIP-Wachstum im laufenden Jahr auf 3,4 % an. Im kommenden Jahr wird das Wachstum voraussichtlich 4,5 % betragen. Diese Prognose impliziert, dass die heimische Wirtschaft das Vorkrisenniveau zum Jahreswechsel 2021/22 erreichen wird. Insbesondere aufgrund des Ausfalls des Wintertourismus dürfte

---

<sup>1</sup> <https://www.oenb.at/Publikationen/corona.html>

im laufenden Jahr das Wachstumstempo geringer als im Euroraum (4,4 %) ausfallen. Im kommenden Jahr könnte die heimische Wirtschaft hingegen um ¼ Prozentpunkt stärker zulegen.

Im laufenden Jahr erholt sich die Weltwirtschaft zunehmend von der Corona-Pandemie. In den Industrieländern erlaubt der Impffortschritt immer mehr Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen. Bereits seit Jahresbeginn verzeichnet die Industrie einen weltweiten Aufschwung, was sich auch in einer kräftigen Ausweitung des Welthandels niederschlägt. Hingegen entwickelten sich die Dienstleistungen in der ersten Jahreshälfte noch verhalten, aber auch hier mehren sich die Anzeichen für eine spürbare Belebung. Unterstützend wirken weiterhin die umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, die zur Begrenzung der ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie ergriffen wurden. Allerdings belasten aktuell ein starker Anstieg der Rohstoffpreise sowie Lieferengpässe, etwa bei Halbleitern, die globale Produktion. Weltweit bestehen große regionale Unterschiede in der Erholungsgeschwindigkeit. Während die US-Wirtschaft im ersten Quartal des laufenden Jahres um 1,6 % gegenüber dem Vorquartal zulegte, schrumpfte die Wirtschaft im Euroraum um 0,3 %. Gestützt von der kräftigen Industriekonjunktur in China und dem durch das umfangreiche Konjunkturpaket getriebenen starken Wachstum in den USA sowie der Verbesserung der Gesundheitslage schwenkt nunmehr wohl auch die europäische Wirtschaft auf einen kräftigen Wachstumskurs ein. Darauf deuten die Stimmungsindikatoren hin.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut folgendes internationales Konjunkturbild für die beiden Prognosejahre. Mit Wachstumsraten von 8,0 % und 5,3 % bleibt China der weltweite Wachstumsmotor. Getrieben von der äußerst expansiven Fiskalpolitik sollte die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 6,5 % bzw. im kommenden Jahr um 3,8 % zulegen. Für den Euroraum erwartet das Institut Wachstumsraten von 4,4 %, bzw. 4,2 %. Nach dem durch die Pandemie bedingten Einbruch im Vorjahr sollte die Weltwirtschaft mit Raten von 5,5 % bzw. 4,4 % wieder kräftig expandieren.

Der private Konsum litt besonders stark unter den coronabedingten Eindämmungsmaßnahmen. Kontaktbeschränkungen und Geschäftsschließungen haben im Vorjahr zu einem starken Einbruch geführt, zusätzlich dürfte die hohe Unsicherheit die Ausgabebereitschaft der Haushalte gedämpft haben. Das Institut geht aber davon aus, dass der Konsum der privaten Haushalte mit den Öffnungsschritten im Jahresverlauf zu einem Treiber des heimischen Wachstums wird. Somit erwartet das Institut für das laufende Jahr einen Zuwachs der privaten Konsumausgaben um 4,2 %. Die positive Konsumdynamik dürfte sich im nächsten Jahr mit 4,9 % fortsetzen. Die Sparquote sollte nach dem starken Anstieg auf 14,5 % im Vorjahr sukzessive auf rund 11,5 % im laufenden bzw. knapp 9 % im kommenden Jahr sinken.



Im Vorjahr gingen die Anlageinvestitionen um 5,7 % zurück. Gemessen an dem starken Wirtschaftseinbruch blieb die Investitionstätigkeit im historischen Vergleich damit relativ robust. Getrieben vom Aufschwung der internationalen Industrie und gestützt von den Fördermaßnahmen der Regierung dürften die Investitionen der Unternehmen im Prognosezeitraum kräftig zulegen. Darauf deuten etwa die Anträge für die Investitionsprämie hin. Laut Prognose werden die Anlageinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2021 um 5,9 % ausgeweitet. Besonders kräftig dürfte der Zuwachs bei den Ausrüstungen (8,0 %) ausfallen, aber auch die Baukonjunktur bleibt stark (3,5 %). Im kommenden Jahr sollte das Expansionstempo bei den Anlageinvestitionen 3,8 % betragen (Ausrüstungen 5,0 %, Bauten 2,5 %).

Der globale Warenhandel hat sich rasch erholt und lag im ersten Quartal des laufenden Jahres um knapp 7 % über dem Vorjahresniveau. Aufgrund der weltweit robusten Industriekonjunktur erwartet das Institut in den beiden Prognosejahren eine Expansion der globalen Warenströme um 10,0 % bzw. 3,5 %. Die österreichische Exportindustrie profitiert von den günstigen internationalen Rahmenbedingungen. Laut Prognose werden die Warenexporte in diesem Jahr um 9,2 % zulegen. Im nächsten Jahr dürfte der Zuwachs 5,0 % betragen. Aufgrund des Ausfalls der Wintersaison wird für die Reiseverkehrsexporte ein weiterer Einbruch von über 20 % erwartet. Mit Sommerbeginn dürften sich die Reiseverkehrsexporte merklich beleben, aber auch im nächsten Jahr noch nicht das Vorkrisenniveau erreichen. Insgesamt sollten die Exporte laut VGR um 7,2 % bzw. 8,5 % ansteigen. Seit Beginn der Krise verzeichnet die österreichische Exportindustrie damit leichte Marktanteilsverluste. Mit der Belebung der Binnen- nachfrage und kräftigen Exporten dürfte die Importnachfrage Zuwächse von 8,7 % bzw. 7,3 % verzeichnen.

Seit Anfang des laufenden Jahres hat sich der Preisauftrieb deutlich beschleunigt. Im Mai betrug die Inflationsrate 2,8 %. Mit dem Ausklingen des Basiseffekts bei den Energiepreisen wird sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf wieder etwas verlangsamen. Für den Jahresdurchschnitt 2021 erwartet das Institut nunmehr einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2 %. Im kommenden Jahr könnte die Inflationsrate 2,0 % betragen. Dies impliziert ein Inflationsdifferenzial zum Euroraum von jeweils knapp ½ Prozentpunkt.

Die Öffnungsschritte haben zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage geführt. Getrieben von der Konjunkturerholung und unterstützt von den Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik sollte die Arbeitslosenquote, ausgehend von 9,9 % im Vorjahr, im laufenden Jahr auf 8,4 % sinken. Mit den weiterhin günstigen Wirtschaftsaussichten dürfte die Beschäftigungsnachfrage auch im kommenden Jahr kräftig ausfallen und die Arbeitslosenquote auf 7,9 % fallen. Trotz der verbesserten Aussichten wird die Arbeitslosigkeit damit aber auch am Ende des Prognosezeitraums noch über dem

Vorkrisenniveau bleiben. Vor diesem Hintergrund sind weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sowie des qualifikatorischen und regionalen Mis-Matches am Arbeitsmarkt für ein Absinken der strukturellen Arbeitslosigkeit notwendig.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird durch die Konjunkturerwicklung und die Folgen der Corona-Krise geprägt. Der Wirtschaftseinbruch und die umfangreichen fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen führten im Vorjahr zu einem Budgetdefizit von 8,9 % des BIP. Aufgrund der konjunkturellen Erholung und der Rückführung der staatlichen Stützungsmaßnahmen sollte die Defizitquote im heurigen Jahr auf 7,4 % zurückgehen. Für das kommende Jahr wird gegenwärtig ein Defizit von 3,7 % des BIP erwartet. Die Abschätzung der exakten Höhe des Budgetdefizits ist allerdings weiterhin mit beträchtlicher Unsicherheit behaftet. Die gute Ausgangslage der öffentlichen Haushalte hat eine adäquate Reaktion der Fiskalpolitik auf die Krise ermöglicht. Mit der Überwindung der Krise sollte daher eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie entwickelt werden, um Wachstumspotenziale zu heben und die Schuldenquote wieder rückführen zu können. Im Rahmen einer solchen Strategie sind Strukturreformen und Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele angeraten.

Weiterhin bestehen Prognoserisiken, die Abwärtsrisiken haben aber tendenziell abgenommen. Im Hinblick auf die internationalen Risiken würde eine geringe Durchimpfung der Bevölkerung sowie insbesondere ein Überhandnehmen infektiöserer und impfstoffresistenter Virusmutanten den wirtschaftlichen Erholungsprozess verzögern. Weiters könnte auch eine zu rasche Einstellung der Unterstützungsmaßnahmen die Wirtschaftsentwicklung belasten. Der starke Anstieg der Rohstoffpreise, Lieferverzögerungen etwa im Elektronikbereich sowie Schwierigkeiten beim internationalen Transport stellen weitere Risikofaktoren dar. Auch für die heimische Wirtschaft bildet ein Wiederaufflackern der Pandemie das größte Abwärtsrisiko. Neuerliche Eindämmungsmaßnahmen würden den privaten Konsum und den Tourismus stark belasten. Das Risiko eines starken Preisanstiegs und der damit verbundenen Wachstumsabschwächung wird vom Institut gegenwärtig als eher gering eingeschätzt. Aus Sicht des Instituts besteht bei der Entwicklung von Sparquote und Tourismus ein Aufwärtsrisiko für die heimische Wirtschaft.

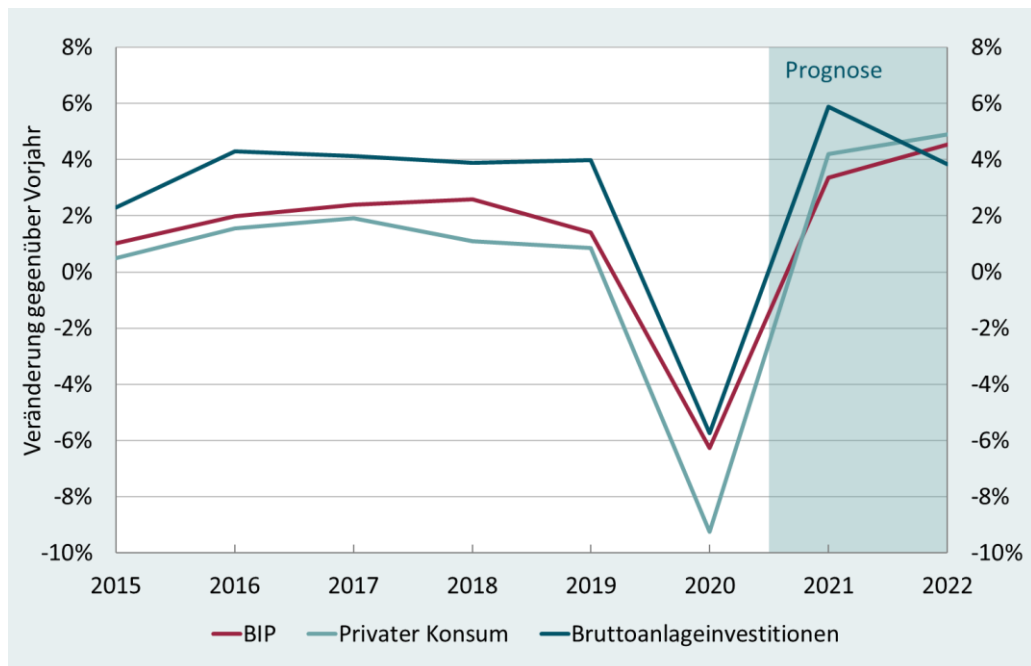
**Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse**  
*Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent*

	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt, real	-6,3	3,4	4,5
Privater Konsum, real	-9,2	4,2	4,9
Bruttoinvestitionen, real	-5,6	5,8	4,1
Bruttoanlageninvestitionen, real	-5,7	5,9	3,8
Ausrüstungsinvestitionen, real	-7,9	8,0	5,0
Bauinvestitionen, real	-3,1	3,5	2,5
Inlandsnachfrage, real	-5,9	4,0	3,7
Exporte i. w. S., real	-10,0	7,2	8,5
Waren, real (laut VGR)	-6,4	9,2	5,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-39,6	-21,7	95,0
Importe i. w. S., real	-9,6	8,7	7,3
Waren, real (laut VGR)	-6,8	8,8	4,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-64,5	25,0	98,8
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	-2,0	2,0	1,8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>i</sup>	9,9	8,4	7,9
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>i</sup>	5,4	5,3	5,1
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	0,3	1,5	2,3
Preisindex des BIP	1,2	1,9	1,9
Verbraucherpreisindex	1,4	2,2	2,0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>i</sup>	-8,9	-7,4	-3,7
3-Monats-Euribor <sup>i</sup>	-0,4	-0,5	-0,5
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen <sup>i</sup>	-0,3	-0,1	0,0

<sup>i</sup> absolute Werte

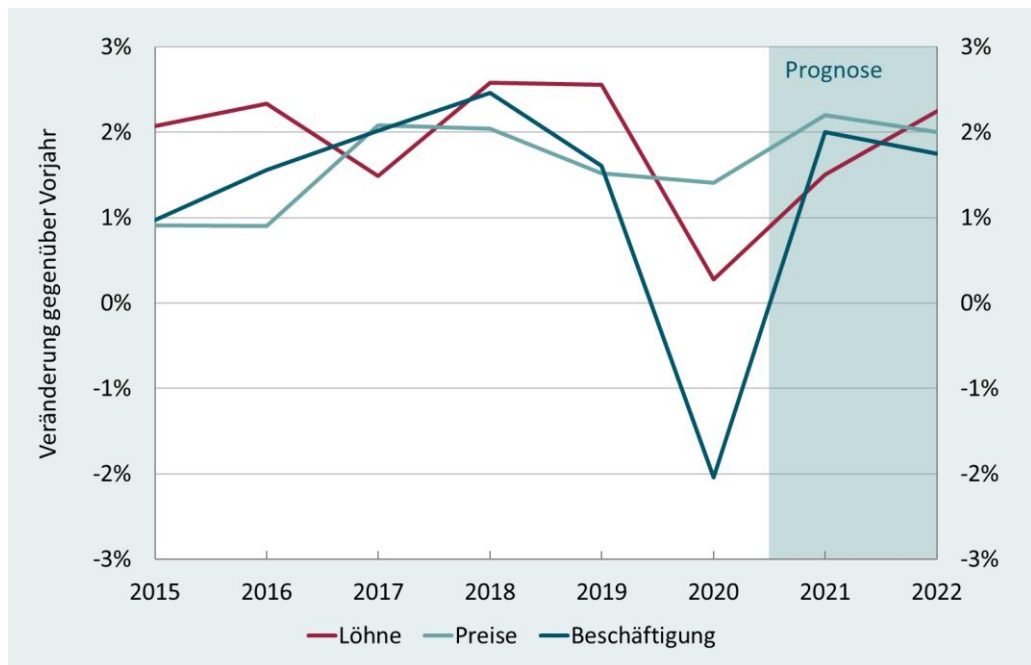
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real**



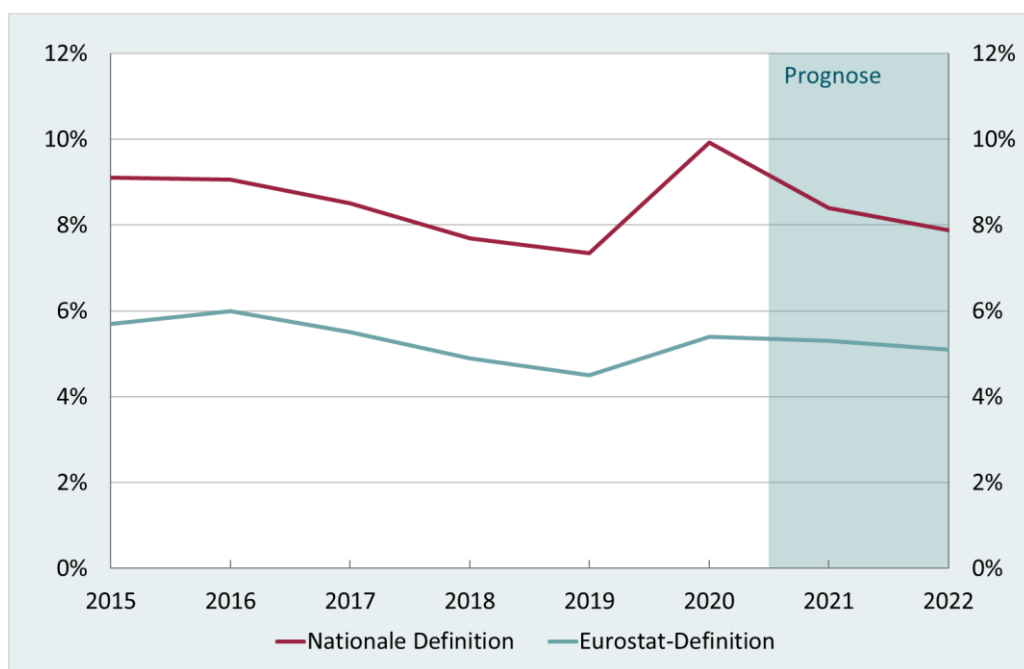
Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung**



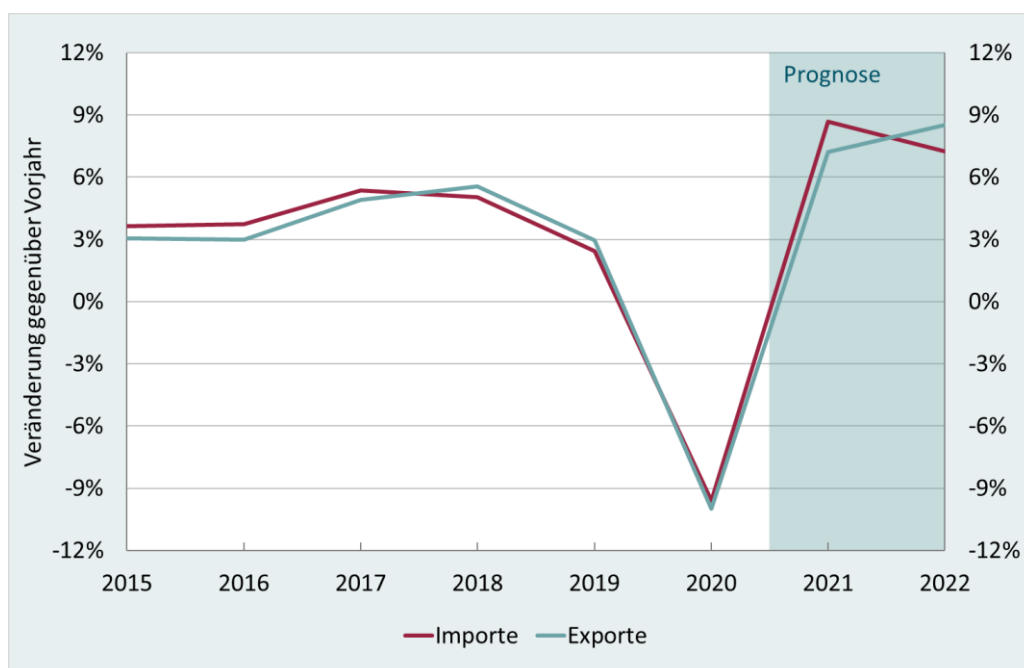
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 3: Arbeitslosenquote**



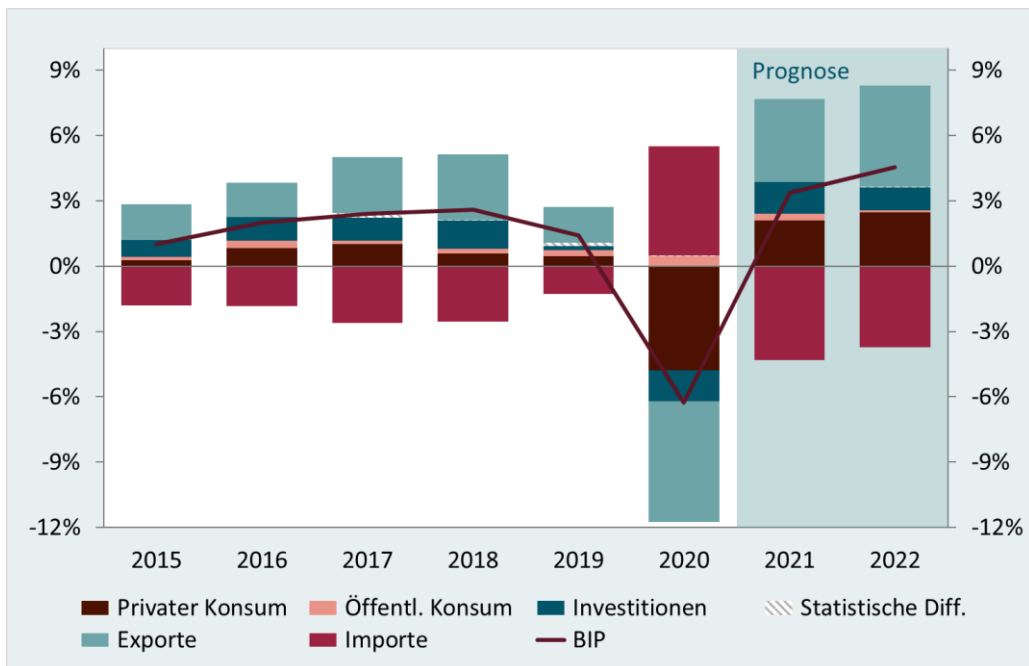
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)**



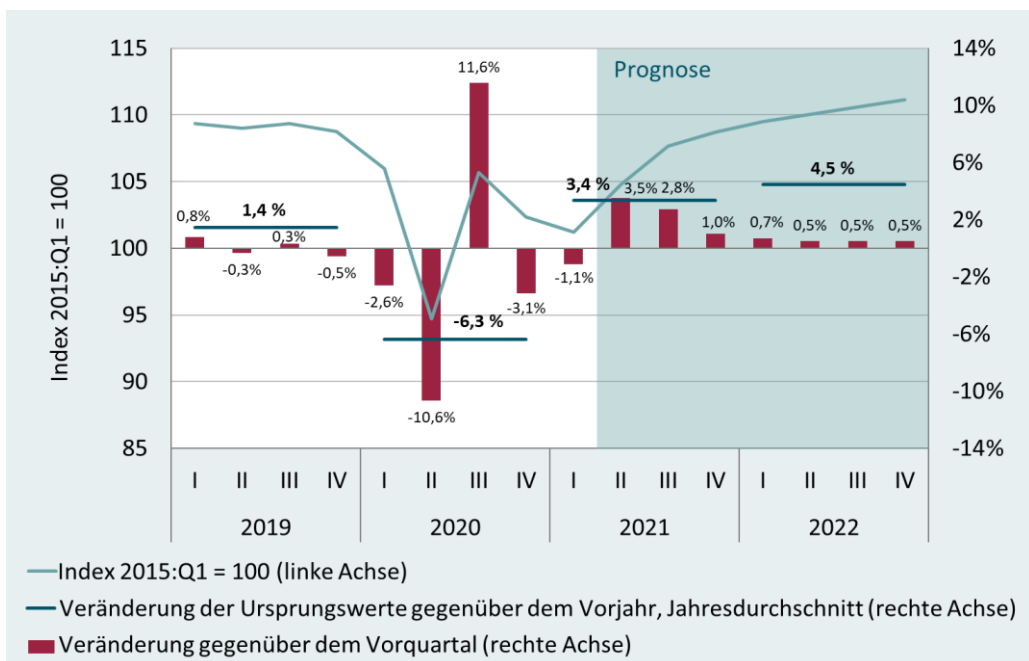
Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten**



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



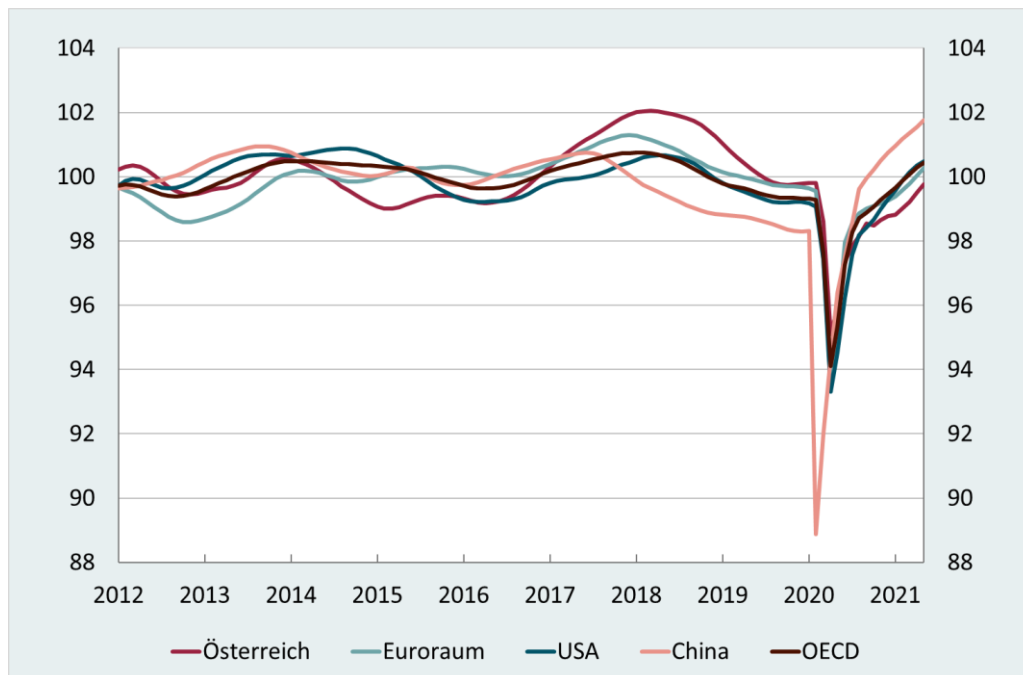
Quellen: Statistik Austria, ab 2. Quartal 2021 Prognose des IHS

## 2 Die internationale Konjunktur

### 2.1 Überblick

Die **weltwirtschaftliche** Erholung setzt sich fort. Allerdings bestehen zwischen den Ländern bzw. Regionen erhebliche Unterschiede in der Erholungsgeschwindigkeit. Die Heterogenität in der konjunkturellen Entwicklung wird zum einen dadurch bestimmt, in welchem Ausmaß es gelingt, die Corona-Pandemie unter Kontrolle zu bringen. Zum anderen spielen die Möglichkeiten für fiskalische Stützungsmaßnahmen eine Rolle. In der OECD insgesamt nahm die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2021 um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal zu, womit der Aufschwung an Tempo verlor. Damit war das Bruttoinlandsprodukt noch um 2,3 % niedriger als im vierten Quartal 2019, also vor Ausbruch der Pandemie. In China und in anderen Ländern Ostasiens, etwa in Südkorea und in Indien, wurde das Vorkrisenniveau bereits überschritten oder nur noch wenig unterschritten. In den meisten dieser Länder ist die Pandemie weitgehend unter Kontrolle, auch wenn vielerorts nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung geimpft ist. Neben China bilden die USA die zweite Lokomotive der Weltwirtschaft. Dort kommt die Impfkampagne rasch voran, und die Regierung stützt die Wirtschaft mit massiven fiskalpolitischen Maßnahmen. Hingegen ist die Corona-Pandemie in vielen Ländern Südamerikas und Afrikas noch nicht unter Kontrolle. Dazu kommen in einigen Ländern, etwa in Argentinien, strukturelle Probleme.

Die Vorlaufindikatoren, beispielsweise der OECD-Frühindikator (Abbildung 7), deuten auf eine Fortsetzung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs hin. Die Unterschiede im Erholungstempo dürften aber fortbestehen. So werden auch Ende 2022 noch weite Teile der Bevölkerung in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern nicht gegen das Corona-Virus geimpft sein. Dies dürfte dort weiterhin zu gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen oder freiwilligen Verhaltensanpassungen führen. Außerdem besteht das Risiko, dass wegen der geringen Durchimpfung neue Virusvarianten entstehen, die gegen die bestehenden Impfstoffe resistent sind.

**Abbildung 7: OECD-Frühindikator**

Quellen: OECD, Refinitiv Datastream

Der globale Warenhandel hat sich vom pandemiebedingten Einbruch rasch erholt. Nachdem das Warenhandelsvolumen gemäß Daten des CPB im Jahresdurchschnitt 2020 um 5,4 % niedriger war als im Jahr davor, wurde bereits am Jahresende das Handelsvolumen von Ende 2019 erreicht. Im bisherigen Jahresverlauf setzte sich der Aufschwung fort, sodass der Welthandel sein Vorkrisenniveau im März 2021 um gut 5 % übertraf. Allerdings verlief die Erholung regional unausgewogen. Während der Warenhandel Chinas im März um mehr als 15 % höher war als Ende 2019, lag der Warenhandel des Euroraums nur marginal höher als vor der Krise. Frühindikatoren sprechen aber dafür, dass sich diese regionalen Unterschiede in den kommenden Monaten ausgleichen. So deutet der RWI/ISL-Containerumschlagindex auf eine Fortsetzung der dynamischen Welthandelsentwicklung hin, und der jüngste Anstieg ging insbesondere auf die europäischen Häfen zurück. Beim Vereinigten Königreich machte sich der Austritt aus dem Europäischen Binnenmarkt bemerkbar, sodass der Warenhandel im März 2021 um mehr als 10 % unter dem Niveau von Ende 2019 lag. Das Institut geht davon aus, dass sich die Erholung des globalen Warenhandels im Prognosezeitraum fortsetzt. Getrieben von der kräftigen Erholung bereits Ende vergangenen Jahres ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 2021 ein Anstieg um 10,0 %, gefolgt von einer Normalisierung des Zuwachses auf 3,5 % im kommenden Jahr.

Im Gegensatz zum Warenhandel litt der Dienstleistungshandel bis zuletzt stark unter den Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen. So war vor allem der Tourismus von



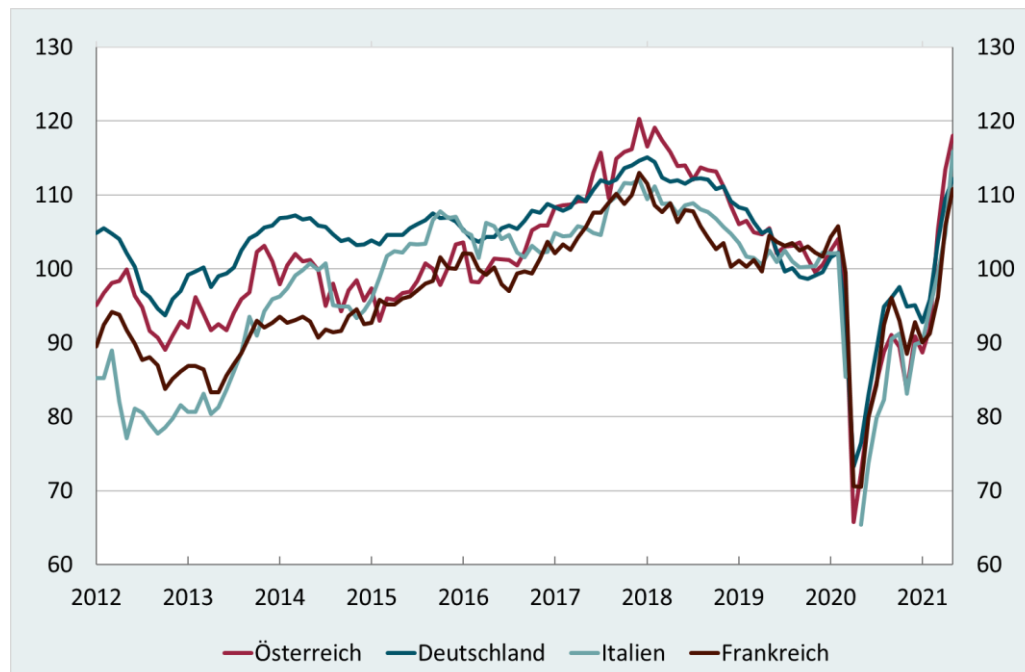
Reisebeschränkungen betroffen. Laut Daten der Welthandelsorganisation war der internationale Dienstleistungshandel im vierten Quartal 2020 um etwa 15 % niedriger als im vierten Quartal 2019. Mit den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen in den Dienstleistungsbereichen und der Aufhebung von Reisebeschränkungen dürfte sich im Prognosezeitraum auch der Dienstleistungshandel erholen.

In den vergangenen Monaten sind die Preise vieler Rohstoffe kräftig gestiegen. So war der vom Internationalen Währungsfonds veröffentlichte Rohstoffpreisindex im Mai 2021 um 70 % höher als vor einem Jahr und um 30 % höher als Ende 2019. Neben dem Anziehen der Nachfrage im Zuge der Konjunkturerholung dürften auch angebotsseitige Faktoren dazu beigetragen haben. So weist die Weltbank in einer kürzlich erschienenen Studie auf Produktionsausfälle bei einigen Metallen wie Kupfer und Eisenerz aufgrund von Streiks und anderen temporären Faktoren hin. Zudem dürfte die Corona-Pandemie bei manchen Rohstoffen Produktionsausfälle und Lieferverzögerungen verursacht haben. Der Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe und regionale Disparitäten in der Verteilung von Schiffscontainern haben zudem zu einem starken Anstieg der Kosten für den Seetransport geführt. Der HARPEX, ein Index für die Container-Frachtraten im Seetransport, war Mitte Juni um rund 370 % höher als vor einem Jahr und so hoch wie noch nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 2001. Neben Industrierohstoffen und Baumaterialien sind vor allem die Energiepreise im Jahresabstand stark gestiegen. So kostete ein Barrel Rohöl der Nordseesorte Brent im Mai 2021 im Monatsdurchschnitt rund 68 Dollar und damit mehr als zweieinhalbmals so viel wie im April 2020, als mit rund 27 Dollar je Barrel auf Monatsbasis der Tiefpunkt erreicht worden war. Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Anstieg der Rohstoffpreise nur temporär ist. Für die Jahresdurchschnitte 2021 und 2022 wird jeweils von einem Ölpreis von 68 Dollar je Barrel ausgegangen. Für den Wechselkurs zwischen dem Euro und dem Dollar wird unterstellt, dass er in den beiden Prognosejahren auf dem derzeitigen Niveau von 1,21 Dollar je Euro bleibt.

Im **Euroraum** kam es im Herbst und Winter infolge neuer Infektionswellen zu erneuten Eindämmungsmaßnahmen, wodurch etwa kaum Tourismus möglich war. Im Ergebnis sank die Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr gegenüber dem Sommer 2020 um 0,9 %, wobei sich der Rückgang im ersten Quartal 2021 abschwächte. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren bis zuletzt rückläufig. Die Anlageinvestitionen stiegen im ersten Quartal zwar, aber nicht mehr so stark wie im vierten Quartal 2020. Gestützt wurde die Konjunktur vom Staatskonsum und den Warenexporten. Ende des ersten Quartals war die Wirtschaftsleistung im Euroraum um rund 5 % niedriger als vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Besonders groß war der Rückstand noch bei den Dienstleistungsexporten (16,6 %). Auch beim privaten Konsum (9,5 %) und den Anlageinvestitionen (7,7 %) war die Lücke beträchtlich. Dagegen waren die

Warenexporte und der Staatskonsum höher als vor der Krise. Die Vorlaufindikatoren, etwa der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (Abbildung 8), deuten darauf hin, dass mit den Lockerungen der Beschränkungen die Konjunktur im Euroraum im Sommer Fahrt aufnimmt. Während bisher vor allem die exportorientierten Wirtschaftsbereiche von der weltwirtschaftlichen Erholung profitierten und den Aufschwung stützten, sollten nun auch die Reiseverkehrsexporte und die kontaktintensiven Dienstleistungen in Schwung kommen.

**Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)**



Quellen: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Vor allem aufgrund stark steigender Energiepreise, die im vergangenen Jahr im Zuge der Krise kräftig gefallen waren, ist die Inflation im Euroraum im Mai 2021 auf 2,0 % gestiegen, nach Tiefstwerten von –0,3 % in den Monaten September bis Dezember 2020. Der kräftige Inflationsschub sollte aber temporär sein, sodass das Institut für die Jahresdurchschnitte 2021 und 2022 Werte von 1,9 % bzw. 1,6 % erwartet (Tabelle 2). Vor allem aufgrund von Maßnahmen zur Förderung von Kurzarbeit hielt sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 7,1 % im März 2020 bis auf 8,7 % im August und September, ging anschließend aber bereits wieder zurück und belief sich im April 2021 auf 8,0 %. Für den restlichen Prognosezeitraum wird aufgrund des Auslaufens der Stützungsmaßnahmen eine Verlangsamung des Rückgangs erwartet.

**Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent**

	2020	2021	2022
BIP-Wachstum	–6,5	4,4	4,2
Arbeitslosenquote	7,8	7,8	7,5
Inflation HVPI	0,3	1,9	1,6

Quellen: Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

In den Jahren 2021 und 2022 dürfte die Wirtschaftsleistung im Euroraum nach dem starken Einbruch im Vorjahr um 4,4 % bzw. 4,2 % zunehmen. Für die EU-27 ergibt sich im kommenden Jahr eine um 0,1 Prozentpunkte höhere Wachstumsrate. Für die Gruppe der OECD-Länder wird, nach einem Rückgang um 4,7 % im vergangenen Jahr, ein Zuwachs von 5,0 % im heurigen sowie 3,9 % im kommenden Jahr erwartet. Nach einem Rückgang um 3,5 % im vergangenen Jahr dürfte die globale Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 5,5 % und im kommenden Jahr um 4,4 % expandieren.

Risiken für die globale Wirtschaftsentwicklung sind in erster Linie weiterhin mit der Corona-Pandemie verbunden. Eine weltweite Ausbreitung resistenter Virusmutanten würde den Aufschwung gefährden, weil erneute Einschränkungen bei kontaktintensiven Aktivitäten notwendig werden könnten. Es bestehen auch abseits der unmittelbaren Pandemie-Entwicklung Konjunkturrisiken. Sollten die Lieferschwierigkeiten bei Rohstoffen und Zwischenprodukten länger anhalten, würde dies den Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft gefährden. Zusätzlich gehen vom jüngsten Preisanstieg Gefahren aus. Sollten die kräftigen Anstiege der Rohstoffpreise zu einer Verfestigung des Verbraucherpreisanstiegs führen, würde dies zum einen die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen schmälern. Zum anderen könnten sich Notenbanken gezwungen sehen, rascher als geplant und früher als konjunkturell angemessen die Geldpolitik zu straffen. Es besteht aber auch die Möglichkeit einer stärkeren wirtschaftlichen Belebung. In der Pandemie haben die privaten Haushalte in vielen Ländern erhebliche Sparpolster aufgebaut. Sollten die Sparquoten stärker als erwartet verringert werden, würde dies dem Konsum zusätzlich Schub verleihen.

## 2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **Vereinigten Staaten** hat bereits seit Jahresbeginn an Fahrt gewonnen. Im ersten Quartal verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt einen Anstieg von 1,6 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem der Rückgang im gesamten Jahr 2020 3,5 % betragen hatte. Im internationalen Vergleich gehören die USA damit zu jenen Ländern, welche bisher wirtschaftlich vergleichsweise gut aus der Pandemie gekommen sind. Nach dem beträchtlichen Impffortschritt im ersten Quartal 2021 (100 Mio. verabreichte

Dosen), wurden bis Anfang Juni bereits mehr als 300 Millionen Dosen verimpft (*Center for Disease Control and Prevention*). Die Anzahl der täglichen Corona-Neuinfektionen ist seit Jänner fast ununterbrochen stark rückläufig.

Unterstützt durch den *American Rescue Plan* der Biden-Administration wird sich der Aufschwung weiterhin verstärken. Die fiskalischen Maßnahmen umfassen 1,9 Billionen Dollar (etwa 9 % des BIP). Neben einer Reihe von Transferleistungen und Steuergutschriften für die amerikanischen Haushalte umfasst das umfangreiche Fiskalpaket unter anderem eine Ausweitung der Arbeitslosenunterstützung und des Bildungsbudgets, eine Anhebung der Gesundheitsausgaben und Subventionen für Klein- und Mittelbetriebe. Die OECD rechnet damit, dass das Paket die US-Wirtschaft über ein Jahr um 3 bis 4 % des BIP stimulieren könnte. Darüber hinaus hat Präsident Biden im April ein rund zwei Billionen Dollar umfassendes Programm zur Erneuerung der Infrastruktur angekündigt (*American Jobs Plan*), welches über einen Zeitraum von acht Jahren umgesetzt und vor allem durch eine Anhebung der Körperschaftsteuersatzes finanziert werden soll.

Der Arbeitsmarkt profitiert stark von der wirtschaftlichen Erholung. Die Arbeitslosenquote hat auf ihrem Höchststand im April des letzten Jahres 14,8 % betragen und ist im heurigen Mai bereits auf 5,8 % zurückgegangen. Zudem bleibt der geldpolitische Kurs der US-Notenbank voraussichtlich expansiv und somit weiterhin unterstützend für den Aufschwung. Der Anstieg der Inflationsrate (5,0 % im Mai) wird von den Mitgliedern des Offenmarktausschusses der Fed als vorübergehend beurteilt. Infolge des starken Wachstums bereits im ersten Quartal und der positiven Impulse durch die Fiskal- und Geldpolitik erwartet das Institut ein BIP-Wachstum von 6,5 % im laufenden und 3,8 % im kommenden Jahr.

In **Japan** sank die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 1,0 % im Vergleich zum Vorquartal und um 1,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Der Rückgang des BIP ist auf den zweiten Corona-Notstand zurückzuführen, der von Ende Jänner bis Ende März andauerte. Die Inlandsnachfrage war rückläufig und auch die Nettoexporte trugen negativ zum BIP-Wachstum bei. Dabei verlangsamte sich die Zunahme der Exporte nicht zuletzt aufgrund von Engpässen bei der Halbleiterversorgung. Die Arbeitslosenquote blieb im April mit 2,8 % auf einem niedrigen Niveau. Nach einem Rückgang auf -0,4 % im April, hauptsächlich beeinflusst durch die Verlängerung des Corona-Notstands und eine Senkung der Mobiltelefongebühren, dürfte die Teuerungsrate im Laufe des Jahres wieder anziehen. Für das zweite Quartal wird mit einem weiteren, allerdings schwächeren, Rückgang der Wirtschaftsaktivität gerechnet. Positive Impulse vom privaten sowie öffentlichen Konsum und die kräftige Zunahme der Exporte dürften die Wirtschaftsleistung stützen. Die Verhängung eines dritten Corona-Notstands im zweiten Quartal bremste hingegen die Erholung.

Aufgrund von Fortschritten bei der Durchimpfung der Bevölkerung und einer starken Auslandsnachfrage, insbesondere aus den USA und aus China, ist mit einer Rückkehr zu einer positiven Konjunkturdynamik in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen. Insgesamt dürfte das BIP im Jahr 2021 um 2,8 % zulegen. Die äußerst niedrigen Zinsen und die geringe Arbeitslosigkeit werden die Wirtschaft stützen. Im Jahr 2022 dürfte der private Konsum, getrieben von der Nachfrage nach Dienstleistungen, stärker zunehmen und die Wirtschaftsleistung voraussichtlich um 2,3 % steigen.

In der **Volksrepublik China** expandierte die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 18,3 % im Jahresabstand und um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Das BIP liegt nun bereits 6,0 % höher als Ende 2019. Das kräftige Wachstum im ersten Quartal im Jahresvergleich ist auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da das erste Quartal 2020 das schwächste Quartal Chinas in der Corona-Krise war. Dabei nahmen die Industrie- und die Bauproduktion sowie der Dienstleistungssektor besonders stark zu. Verwendungsseitig expandierte sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage kräftig. Das verfügbare Einkommen der Haushalte erhöhte sich im ersten Quartal 2021 real um 14 %, die Exporte expandierten um 50 % gegenüber dem ersten Quartal 2020 und um 30 % gegenüber dem ersten Quartal 2019. Die laufenden Indikatoren zeigen aber für April und Mai eine Verlangsamung der Wirtschaftserholung an. Neben dem Auslaufen des Basiseffekts belasten die nachlassenden Exportaufträge und die steigenden Rohstoffpreise die Produktion, während sich die Dynamik der Importe infolge des steigenden privaten Konsums beschleunigt. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Mai infolge steigender Energie- und Nachrichtenübermittlungspreise und einer stärkeren Inlandsnachfrage um 1,3 %.

In der Prognoseperiode wird die Regierung eine zweigleisige Entwicklungsstrategie (*Dual Circulation* Strategie) verfolgen. Diese zielt darauf ab, sowohl die Binnennachfrage anzukurbeln als auch die Exportmärkte zu bedienen. Die weiterhin expansive Geldpolitik dürfte die Wirtschaft dabei stützen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 um 8,0 % wachsen und damit das Wachstumsziel der Regierung von 6 % übertreffen. Im Jahr 2022 dürfte die chinesische Wirtschaft an Fahrt verlieren, da die anfänglich aufgestaute Nachfrage nachlässt und die politische Unterstützung zurückgefahren wird. Die Expansion der Wirtschaftsleistung dürfte im Jahr 2022 5,3 % betragen.

In **Deutschland** ist die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2021 um 1,8 % gesunken. Maßgeblich dafür waren erneute Verschärfungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Zudem machte sich die Wiederanhebung der Mehrwertsteuersätze zum Jahresbeginn bemerkbar, was zu Vorziehkäufen im vierten Quartal geführt hatte. Getragen wurde die Konjunktur von der Auslandsnachfrage, wovon das Verarbeitende Gewerbe profitierte. Dort wurde aber die Erholung durch

Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten gebremst. Diese Probleme dürften sich im zweiten Quartal noch verschärft haben. So berichteten 45 % der vom ifo Institut im April befragten Industrieunternehmen von Materialengpässen. Das ist mit Abstand der höchste Wert seit Beginn der Erhebungen im Jänner 1991. Im Jänner 2021 hatten erst rund 18 %, im Oktober 2020 nur 7,5 % der Unternehmen Materialengpässe genannt. Der Arbeitsmarkt war weiterhin von den Auswirkungen der Pandemie und der Inanspruchnahme von Kurzarbeit geprägt. Mit dem Beginn der Lockerungen sanken die Zahlen der Arbeitslosen und der Personen in Kurzarbeit aber deutlich. Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai waren um 11,7 % mehr Arbeitslose gemeldet als im gleichen Vorjahresmonat, aber im Mai waren es um 4,5 % weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition sank von ihrem im August 2020 erreichten Höchststand von 6,4 % auf 5,9 % im Mai 2021. Damit war sie noch um einen Prozentpunkt höher als im Mai 2019. Die Zahl der Kurzarbeiter ist nach Berechnungen des ifo Instituts im Mai auf 2,3 Millionen gesunken. Dies waren 6,8 % aller abhängig Beschäftigten. Auf dem Höhepunkt der Krise waren im April 2020 rund 6 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Der Anstieg der Rohstoffpreise, die Wiederanhebung der Mehrwertsteuersätze und die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Kraft- und Brennstoffe waren die Hauptursachen dafür, dass die Inflation im Mai auf 2,5 % stieg, nachdem die Verbraucherpreise in der zweiten Jahreshälfte 2020 gesunken waren. Im Jahresverlauf verlieren die Sonderfaktoren an Einfluss. Allerdings werden die Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten erst allmählich überwunden, sodass deren preistreibende Wirkung nur langsam nachlassen dürfte.

Da die Impfkampagne inzwischen gut vorankommt und die Zahl der Neuinfektionen stark gesunken ist, werden die Einschränkungen weiter gelockert. Daher ist mit einer kräftigen Konjunkturbelebung im Sommer zu rechnen. Dafür sprechen die Unternehmenserwartungen im Handel und in den Dienstleistungen. Das Verarbeitende Gewerbe profitiert weiterhin von der starken Auslandsnachfrage, und die angebotsseitigen Beschränkungen durch die Materialknappheit dürften allmählich nachlassen. All dies spricht dafür, dass die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2021 und 2022 um 3,7 % bzw. 4,5 % zulegen wird.

**Italien** zählt bislang zu den wirtschaftlich am stärksten durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogenen Ländern im Euroraum. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung hat im vergangenen Jahr 8,9 % betragen. Obwohl im ersten Quartal 2021 eine gewisse Stabilisierung erkennbar war, das BIP stieg um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal, blieb vor allem der private Konsum der Haushalte verhalten (–1,2 %). Die Bruttoanlageinvestitionen zeigten im ersten Quartal hingegen Anzeichen einer Erholung (3,7 %). Der Impffortschritt (37,7 Mio. verabreichte Dosen Anfang Juni) und graduelle Lockerungsmaßnahmen bereiten den Weg für einen Aufschwung im zweiten Halbjahr. Die Erholung

wird sowohl durch den (aufgestauten) Konsum privater Haushalte als auch durch die Investitionen angetrieben, welche durch Steuerbegünstigungen im Bereich Forschung und Entwicklung und im Bausektor gefördert werden. Während die Warenexporte von der Erholung der internationalen Konjunktur profitieren, erholt sich der Tourismus im Jahr 2021 voraussichtlich noch nicht vollständig. Durch die schrittweisen Öffnungen in der Gastronomie und Hotellerie ist allerdings ab Juni mit einer Verbesserung der Buchungslage zu rechnen. Wirtschaftspolitisch legt die Regierung einen Schwerpunkt auf strukturelle Maßnahmen, welche sich positiv auf das Wachstumspotenzial der italienischen Wirtschaft auswirken sollten. Ein signifikanter Finanzierungsbeitrag kommt dabei mit den „Next Generation EU“-Mitteln in Höhe von 200 Mrd. Euro von der EU. Die vollen Effekte des im April präsentierten Wiederaufbauplans (*Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza*) werden sich voraussichtlich ab 2022 entfalten. Das Institut erwartet für die Jahre 2021 und 2022 jeweils ein BIP-Wachstum von 4,5 %.

**Frankreich** hatte im Frühjahr mit einer ähnlich schweren Corona-Welle zu kämpfen wie Österreich, weshalb die wirtschaftlichen Aktivitäten gedämpft blieben. Seit Ende April zeichnet sich ein Abflachen der täglichen Neuinfektionen ab, was den Weg für weitgehende Lockerungsmaßnahmen im Mai und im Juni ebnete. Im ersten Quartal 2021 stagnierte das BIP gegenüber dem Vorquartal (–0,1 %) und stieg um 1,2 % gegenüber dem Vergleichsquartal im Vorjahr, nachdem im Gesamtjahr 2020 ein Rückgang von 7,9 % verzeichnet worden war. Nach dem Einbruch im vergangenen Jahr hat sich der Konsum der privaten Haushalte mit Jahresbeginn 2021 stabilisiert. Ein solider Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen (8,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal) unterstützte die Erholung im ersten Quartal, andererseits hat vor allem ein negativer Beitrag der Nettoexporte das BIP reduziert. Während die Entwicklung bis in das zweite Quartal hinein aufgrund der gesundheitspolitischen Restriktionen voraussichtlich noch gedämpft blieb, ist im weiteren Verlauf des Jahres mit einer Erholung der Inlandsnachfrage zu rechnen. Angeschoben wird die Erholung durch den aufgestauten Konsum der privaten Haushalte und den Rebound-Effekt bei den Investitionen sowie durch einen fiskalischen Impuls. Die pandemiebedingten fiskalischen Maßnahmen belaufen sich auf 7,6 % des BIP, wobei zumindest 3,5 bis 3,7 % des BIP ausgabenwirksam sind und sich der Rest auf Liquiditätsmaßnahmen und Garantien aufteilt. Ein weiterer Impuls für die Wirtschaft wird durch den Wiederaufbauplan (*France Relance*) erwartet, welcher sich auf 100 Mrd. Euro beläuft (davon 40 Mrd. Euro von der EU). Das Institut rechnet im laufenden Jahr mit einem BIP-Wachstum von 5,8 % und im kommenden Jahr um 4,0 %.

Das Bruttoinlandsprodukt im **Vereinigten Königreich** ist im vergangenen Jahr um 9,8 % geschrumpft und auch im ersten Quartal des laufenden Jahres noch etwas zurückgegangen (–1,5 % gegenüber dem Vorquartal). Der Rückgang im ersten Quartal



ist insbesondere durch die neuerlichen Eindämmungsmaßnahmen zu Beginn des Jahres zu erklären. Zudem war der Außenhandel schwach, was zum Teil auf Friktionen im Zusammenhang mit dem Brexit zurückzuführen sein dürfte. Die Warenexporte und -importe belebten sich allerdings im April spürbar, und auch die negativ betroffene Industrieproduktion hat sich in den vergangenen Monaten deutlich verbessert. Die Markit/CIPS-Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor sind zuletzt weiter gestiegen. Sowohl der Indikator für das Verarbeitende Gewerbe (65,6 Punkte) als auch jener für den Dienstleistungsbereich (62,9 Punkte) lagen im Mai deutlich über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten.

Das COVID-19-Impfprogramm hat früh begonnen und wird weiter zügig vorangetrieben. Mitte Juni waren bereits rund 60 % der Bevölkerung einmal und mehr als 40 % vollständig geimpft. Damit gehört das Land bezüglich Durchimpfung zur internationalen Spitze. Zwar hat die Zahl der Neuinfektionen zuletzt wieder deutlich zugenommen, insbesondere aufgrund von Virusmutationen, die Zahl der schweren Fälle blieb aber bisher gering, womit die bereits begonnene Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten weiter voranschreiten sollte, wenngleich mit leichten Verzögerungen. Die Maßnahmen zur Kurzarbeit und zur Unterstützung der Unternehmensfinanzierung laufen weiter, und auch die Geldpolitik wirkt mit niedrigen Leitzinsen und einem umfangreichen Anleihekaufprogramm weiterhin stimulierend. Der Preisauftrieb hat sich spürbar verstärkt, die Inflation betrug im Mai 2,1 %. Der Brexit wirkt weiterhin dämpfend auf die heimische Wirtschaft und ist ein Grund dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion das Vorkrisenniveau erst spät, voraussichtlich Anfang 2022, überschreiten dürfte. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden und im kommenden Jahr um 6,0 % bzw. 5,5 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** hat sich im vergangenen Jahr im internationalen Vergleich mit einem Rückgang von nur 2,7 % gut entwickelt. Nach den Lockerungsschritten Anfang März hat in der Binnenwirtschaft wie erwartet eine zügige Erholung begonnen, die Einzelhandelsumsätze stiegen mit der Wiederöffnung des stationären Handels sprunghaft an. Insbesondere bei den Konsumbereichen, die aufgrund der Pandemie über längere Zeit stark eingeschränkt waren, dürften im laufenden Jahr erhebliche Aufholeffekte verzeichnet werden. Damit würden auch jene Wirtschaftsbereiche aus der Krise finden, die besonders stark von ihr betroffen waren, wie das Gastgewerbe und die Veranstaltungsbranche. Gleichzeitig ist in den vergangenen Monaten die Industrieproduktion kräftig gestiegen, gestützt von der stark anziehenden Nachfrage bei wichtigen Handelspartnern. Die vorlaufenden Indikatoren deuten auf weitere Zuwächse im Industrie- und im Dienstleistungssektor hin. Der Einkaufsmanagerindex der Industrie etwa kletterte im Mai auf den historischen Höchststand von 69,9 Punkten, und auch jener des Dienstleistungssektors liegt deutlich über der



Wachstumsschwelle. Von einer positiven Stimmung zeugt auch die belebte Investitionstätigkeit, die von den nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen profitiert. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich entspannt und die nationale Arbeitslosenquote ist von ihrem Höchststand im Jänner (3,7 %) kontinuierlich zurückgegangen. Im Mai betrug sie 3,1 %, der niedrigste Wert seit April des vergangenen Jahres. Das KOF-Konjunkturbarometer hat seinen Abwärtstrend beendet und ist seit Februar deutlich gestiegen. Insgesamt erwartet das Institut im Prognosezeitraum ein Wachstum von zunächst 3,5 % und anschließend 3,2 %.

Die Verlängerung der Eindämmungsmaßnahmen infolge hoher Neuinfektionsraten hat die Wirtschaftstätigkeit in den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (MOEL)** im ersten Quartal 2021 belastet. Im zweiten Quartal hingegen expandierte die Wirtschaftsleistung im Vorjahresvergleich trotz anhaltender dämpfender Effekte der Pandemie stark. Dies ist jedoch vor allem auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch des letzten Jahres während der ersten Welle der Pandemie und damit auf eine niedrige Vergleichsbasis zurückzuführen. In der zweiten Jahreshälfte sowie im nächsten Jahr sollte sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzen. Die Auszahlung der verbliebenen Fördermittel aus dem EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 und die Implementierung von Investitionsprojekten im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms sowie des EU-Haushalts 2021 bis 2027 dürften die Wirtschaftsleistung in diesen Ländern im Prognosezeitraum und darüber hinaus unterstützen. Der aufgrund von demografischen Faktoren und Migration zunehmende Mangel an Arbeitskräften, die notwendige Rückführung der fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen und die gestiegene Verschuldung der Unternehmen und der privaten Haushalte dämpfen hingegen die Erholung. Die Budgetdefizite dürften in den Jahren 2021 und 2022 deutlich über dem Maastricht-Schwellenwert von 3 % des BIP liegen. Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung in den MOEL-5 (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien) in den Jahren 2021 und 2022 voraussichtlich um 4,0 % bzw. 4,6 % expandieren.

In **Tschechien** sank das BIP im ersten Quartal infolge der Verlängerung der Eindämmungsmaßnahmen um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich nahm es um 2,1 % ab. Während die Investitionen und der Lageraufbau das BIP-Wachstum stützten, wurde der Beitrag der Nettoexporte infolge stark zunehmender Importe im Quartalsvergleich negativ. Steigende Transportpreise führten zu einer Erhöhung der Teuerungsrate auf 2,7 % im Mai. Aufgrund des Inflationsdrucks ist mit einer Straffung der Geldpolitik in den kommenden Monaten zu rechnen. Die Arbeitslosenquote nahm um 1,2 Prozentpunkte im Jahresvergleich zu, blieb aber mit 3,4 % im April insgesamt niedrig. Die Inlands- und die Auslandsnachfrage dürften die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum stützen. Unterbrechungen in den europäischen Automobil-Lieferketten aufgrund des Mangels an elektronischen Bauteilen

könnten hingegen die Erholung bremsen. Nach einer Expansion um 3,3 % im Jahr 2021 dürfte sich die BIP-Dynamik im Jahr 2022 auf 4,4 % beschleunigen.

In **Ungarn** stieg die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 2,0 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich nahm sie aber um 1,6 % ab. Sowohl der öffentliche Konsum als auch die Nettoexporte stützten die Wirtschaft, während die Investitionen im Vorquartalsvergleich rückläufig waren. Die Arbeitslosigkeit nahm im Jahresvergleich um 0,3 Prozentpunkte zu und betrug im April 4,3 %. Die Teuerungsrate erhöhte sich infolge steigender Energie- und Lebensmittelpreise auf 5,3 % im Mai. Ein starkes Lohnwachstum und die jüngste Währungsabwertung haben den Inflationsdruck verstärkt. Infolgedessen dürfte die ungarische Zentralbank im Juni einen geldpolitischen Straffungszyklus einleiten. Die rasche Durchimpfung der Bevölkerung sollte die Erholung des privaten Konsums im laufenden Jahr beschleunigen. Weitere Wachstumstreiber im Prognosezeitraum bleiben die öffentlichen Investitionen und die dynamischen Industrieexporte. Die Wirtschaftsleistung dürfte voraussichtlich um 4,8 % im Jahr 2021 und um 5,0 % im Jahr 2022 expandieren.

Im ersten Quartal erhöhte sich in **Polen** die Wirtschaftsleistung um 1,1 % zum Vorquartal und sank um 1,4 % zum Vorjahresquartal. Die Inlandsnachfrage erholte sich im Vorquartalsvergleich. Da die Importe stark anzogen, trugen die Nettoexporte negativ zum BIP-Wachstum bei. Durch die beträchtlichen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen blieb die Arbeitslosenquote im April 2021 mit 3,1 % unverändert gegenüber dem Vorjahr. Wegen steigender Energie- und Lebensmittelpreise erhöhte sich die Inflation im Mai auf 4,6 %. Mit diesem 10-Jahres-Hoch dürfte die Inflation den Höhepunkt erreicht haben. In den beiden Prognosejahren sollten die öffentlichen Investitionen zusammen mit dem privaten Konsum, der von weiteren Steuersenkungen profitiert, das BIP-Wachstum stützen. Die Wirtschaftsleistung dürfte im Jahr 2021 um 4,0 % und im Jahr 2022 um 4,5 % zunehmen.

In der **Slowakei** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal und sank um 2,6 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Positive Impulse kamen von den Nettoexporten, während die Inlandsnachfrage rückläufig blieb. Die Arbeitslosenquote lag im April bei 7,3 % und damit um 0,7 Prozentpunkte über dem April-Niveau des Vorjahres. Die Inflation erhöhte sich im Mai auf 2,0 %, insbesondere infolge steigender Transportpreise. Die Erholung des privaten Konsums und der Investitionen, kofinanziert durch EU-Mittel aus dem EU-Aufbaufonds, sowie die Belebung der Auslandsnachfrage dürften das BIP-Wachstum im Prognosezeitraum stützen. Infolgedessen dürfte das BIP in diesem und im nächsten Jahr um 4,3 % bzw. 4,8 % wachsen.

In **Slowenien** expandierte das BIP im ersten Quartal um 1,4 % zum Vorquartal bzw. um 2,3 % im Vorjahresvergleich. Die Ausrüstungsinvestitionen und die Nettoexporte erholten sich deutlich und stützten das BIP-Wachstum. Infolge einer Verlängerung der Eindämmungsmaßnahmen erhöhte sich der private Konsum nur leicht. Mit der Lockerung der Beschränkungen Mitte April verstärkte sich die Dynamik des privaten Konsums. Die Teuerungsrate stabilisierte sich und betrug im Mai 2,2 %. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich auf 5,2 % im April. Die weiterhin expansive Fiskal- und Geldpolitik dürfte die Inlandsnachfrage im Prognosezeitraum stützen, während die Exporte von der Belebung der Auslandsnachfrage profitieren werden. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2021 und 2022 um jeweils 4,5 % expandieren.

Im ersten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 2,8 % gegenüber dem Vorquartal und stagnierte im Vorjahresvergleich. Der private Konsum stützte zusammen mit den Investitionen das BIP-Wachstum. Aufgrund der starken Inlandsnachfrage stiegen die Importe schneller als die Exporte und das Leistungsbilanzdefizit weitete sich deutlich aus. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im April um 0,4 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich auf 5,7 %. Die Inflation beschleunigte sich und betrug im Mai 3,2 %. Konjunkturstützend wirken in der Prognoseperiode neben der expansiven Fiskal- und Geldpolitik auch die EU-Mittel, die sowohl im Jahr 2021 als auch im Jahr 2022 für Infrastrukturinvestitionen eingesetzt werden. Eine kräftige Inlandsnachfrage dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2021 und 2022 um 5,3 % bzw. um 4,5 % expandieren lassen.

Getrieben von den Warenexporten und den Investitionen nahm das Bruttoinlandsprodukt in **Kroatien** im ersten Quartal um 5,8 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich schrumpfte es um 0,9 %. Infolge gelockerter Corona-Beschränkungen verlangsamte sich der Rückgang des privaten Konsums. Die Fortschritte bei der Durchimpfung der Bevölkerung und die Lockerung der Reisebeschränkungen dürften zu einer Belebung des Tourismus ab dem dritten Quartal führen. Infolgedessen wird die Arbeitslosigkeit, die im April 7,5 % betrug, weiter sinken. Nach einer negativen Entwicklung im Vorjahr erhöhte sich die Inflationsrate im Mai auf 2,4 %. In diesem und im nächsten Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt infolge einer erwarteten Erholung des Sommertourismus und der Inlandsnachfrage voraussichtlich um jeweils 4,8 % zunehmen.

Im ersten Quartal wuchs die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 2,5 % im Vorquartalsvergleich und sank um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Investitionen sowie der Konsum erholten sich und stützten das BIP-Wachstum. Infolgedessen verringerte sich die Arbeitslosenquote im April gegenüber April 2020 um 1,2 Prozentpunkte auf 4,7 %. Die Inflation erhöhte sich infolge höherer Energie- und Nahrungsmittelpreise auf 2,3 % im Mai. Die zunehmende Dynamik der Investitionen und

des privaten Konsums, gestützt von steigenden Löhnen und niedrigen Zinsen, sowie eine Belebung des Sommertourismus dürften das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 3,3 % und im Jahr 2022 um 4,3 % erhöhen.

In **Russland** sank die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,7 % im Vorjahresvergleich und erhöhte sich im Vorquartalsvergleich. Gestützt wurde die Produktion durch eine Erholung der Inlandsnachfrage. Dabei sank die Arbeitslosigkeit auf 5,2% im April. Aufgrund einer starken globalen Rohstoffnachfrage erhöhten sich die Exporte um rund 3 % gegenüber dem Vorjahresquartal, trotz eines Rückgangs des Volumens der Rohölexporte um 20 %. Das Exportvolumen und die Exportpreise von Erdgas, bestimmten Metallen, Getreide und Rohholz nahmen hingegen kräftig zu. Die Warenimporte stiegen um 14 %, gestützt durch die Erholung der Anlageinvestitionen und eine robuste Bautätigkeit. Dabei machte der Anteil von Maschinen, Anlagen und Fahrzeugen fast die Hälfte aller Importe aus. Die starke Nachfrage führte zu einer Erhöhung der Inflation auf 6,0 % im Mai. Dies veranlasste die Zentralbank Mitte Juni zu einer erneuten Anhebung des Leitzinses um 50 Basispunkte auf 5,5 %. Weitere Zinsanhebungen sind im laufenden Jahr zu erwarten.

Der private Konsum dürfte sich im Prognosezeitraum weiter erholen, gestützt durch fiskalische Impulse und schnell wachsende Verbraucherkredite, und zusammen mit den umfangreichen Investitionen von staatlichen Unternehmen die Konjunktur stützen. Die Exporte bekommen durch die kräftige globale Nachfrage nach Rohstoffen und das Auslaufen des OPEC+-Produktionsabkommens im nächsten Jahr zusätzliche Impulse. Andererseits könnte ein langsamer als erwartetes Impftempo zu einem hemmenden Faktor für die Wirtschaft werden. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2021 und 2022 um 3,3 % bzw. 2,8 % expandieren.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen***Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent*

	2018	2019	2020	2021	2022
BIP, real					
Deutschland	1,3	0,6	-4,8	3,7	4,5
Italien	0,9	0,3	-8,9	4,5	4,5
Frankreich	1,9	1,8	-7,9	5,8	4,0
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	-9,8	6,0	5,5
Schweiz	3,0	1,1	-2,7	3,5	3,2
USA	3,0	2,2	-3,5	6,5	3,8
Japan	0,6	0,3	-4,7	2,8	2,3
China	6,7	6,1	2,3	8,0	5,3
Polen	5,4	4,7	-2,7	4,0	4,5
Slowakei	3,7	2,5	-4,8	4,3	4,8
Tschechien	3,2	2,3	-5,6	3,3	4,4
Ungarn	5,4	4,6	-5,0	4,8	5,0
Slowenien	4,4	3,2	-5,5	4,5	4,5
MOEL-5 <sup>i</sup>	4,8	3,8	-3,9	4,0	4,6
Bulgarien	3,1	3,7	-4,2	3,3	4,3
Rumänien	4,5	4,1	-3,9	5,3	4,5
Kroatien	2,8	2,9	-8,0	4,8	4,8
Russland	2,8	2,0	-3,0	3,3	2,8
Euroraum	1,9	1,3	-6,5	4,4	4,2
NMS-6 <sup>ii</sup>	4,6	4,1	-3,9	4,2	4,5
EU-27	2,1	1,6	-6,1	4,4	4,3
OECD	2,3	1,6	-4,7	5,0	3,9
Welt	3,4	2,7	-3,5	5,5	4,4
Welthandel (Waren laut CPB)	3,4	-0,3	-5,4	10,0	3,5
Österreichische Exportmärkte	4,0	2,1	-8,8	8,2	6,7
USD/EUR Wechselkurs <sup>iii</sup>	1,18	1,12	1,14	1,21	1,21
Rohölpreis <sup>iii</sup>	71,7	64,2	43,4	68,0	68,0

<sup>i</sup> MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien<sup>ii</sup> NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien<sup>iii</sup> absolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, ab 2021 Prognose des IHS

### 3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die Dynamik der **österreichischen Außenwirtschaft** wird voraussichtlich im weiteren Verlauf des Jahres deutlich zunehmen. Der weltweite Warenhandel und die Industrieproduktion kehrten nach dem starken Einbruch im ersten Halbjahr 2020 sehr schnell wieder auf einen Expansionskurs zurück. Demnach lag das globale Handelsvolumen laut den Daten des CPB im März schon rund 10 % über dem Niveau des Vergleichsmonats im Vorjahr. Gleichzeitig verzeichneten auch die Preise international gehandelter Waren deutliche Anstiege gegenüber der Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2020, was einerseits auf Basiseffekte und andererseits auf Lieferengpässe in einigen Bereichen zurückzuführen ist. Der internationale Tourismus war im Winter aufgrund der Reiserestriktionen und Lockdown-Maßnahmen stark eingeschränkt, ab der Jahresmitte ist aber mit einer deutlichen Erholung zu rechnen.

Österreichs Exporte i.w.S. laut VGR sind im vergangenen Jahr um real 10,4 % gefallen. Im ersten Quartal 2021 wurde insbesondere durch den Ausfall des Wintertourismus ein Rückgang von 9,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal verzeichnet. Bei den realen Warenexporten ergab sich im ersten Quartal bereits ein Zuwachs von 3,3 % im jährlichen Vergleich, nachdem im Jahr 2020 ein Rückgang von 6,7 % verzeichnet worden war. Die nominellen Güterexporte erfuhren vor allem im März starken Aufwind (16,9 % im Vergleich zum März 2020) und lagen insgesamt im ersten Quartal nur noch knapp unter dem Niveau vom ersten Quartal 2019. Die Vorlaufindikatoren weisen auf eine deutlich bessere Exportentwicklung hin. Die Exportauftragsbestände und Exporterwartungen heimischer Betriebe stiegen im zweiten Quartal auf lokale Höchststände. Unter den hochfrequenten Konjunkturindikatoren bewegten sich etwa die Schienengütertransporte und die LKW-Fahrleistungen zuletzt wieder über dem durchschnittlichen Niveau im Jahr 2019. Positiv sollten sich die weitere Verbesserung der Nachfrage aus dem Euroraum sowie der starke Aufschwung der US-Wirtschaft auswirken. Österreichs reale Warenexporte dürften im laufenden Jahr um 9,2 % und im kommenden Jahr um 5,0 % zunehmen.

Mit dem Fallen von Reiseverkehrseinschränkungen und der schrittweisen Öffnung von Gastronomie und Hotellerie ist davon auszugehen, dass auch die Reiseverkehrsexporte über die Sommermonate deutlich zulegen. Der Rückgang der Reiseverkehrsexporte betrug im letzten Jahr 39,5 %, und im ersten Quartal hat sich ein weitgehender Stillstand des ausländischen Wintertourismus fortgesetzt. Die Ankünfte aus dem Ausland und die Nächtigungen lagen in den ersten drei Monaten im Durchschnitt um 97 % unter dem ersten Quartal 2020. Es ist davon auszugehen, dass die schrittweise Öffnung seit Mitte Mai und weitere Öffnungsschritte im Juni zu einer merkbaren Erholung bei den Tourismusexporten in der zweiten Jahreshälfte führen. Einen ersten Hinweis gibt das seit

dem zweiten Quartal leicht steigende Passagieraufkommen im Flugverkehr. Deutlich verbesserten sich auch die unternehmerischen Erwartungen im Bereich Beherbergung und Gastronomie im Mai. Dennoch werden die Reiseverkehrsexporte im Gesamtjahr 2021 voraussichtlich um 21,7 % unter dem Vorjahr liegen und könnten im kommenden Jahr etwa 92 % des Vorkrisenniveaus erreichen.

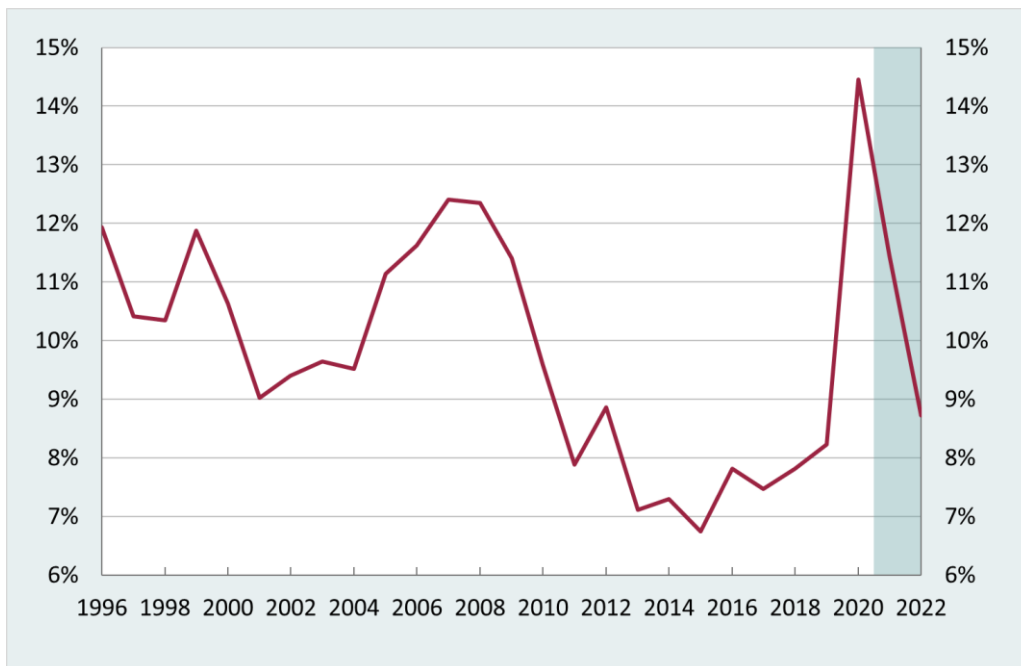
Insgesamt dürften die realen Exporte i.w.S. laut VGR 2021 um 7,2 % und 2022 um 8,5 % zulegen. Angetrieben durch die Erholung der Inlandsnachfrage werden die realen Importe i.w.S. laut VGR voraussichtlich im laufenden Jahr um 8,7 % und im kommenden Jahr um 7,3 % steigen.

## 4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Vorjahr haben die österreichischen Haushalte kräftig gespart. Zwar erlitten sie empfindliche reale Einkommenseinbußen von 2,5 %, gleichzeitig ging jedoch ihre Konsumtätigkeit um rund 9 % zurück. Die Diskrepanz ist zum größeren Teil Zwangssparen infolge der wegen der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie geschlossenen Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe, zu einem kleineren Teil Vorsichtssparen als Antwort auf die steigende Arbeitslosigkeit und die daraus folgenden Ängste um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes oder einfach als Folge eines weitreichenden Vertrauensverlustes in die Zukunft. Auch das laufende Jahr begann mit einer Fortdauer von Beschränkungen und Unsicherheit. Derzeit ist jedoch eine schrittweise Öffnung spürbar, und die steigende Immunisierung der Bevölkerung hebt das Vertrauen in deren Nachhaltigkeit. Die fast eineinhalb Jahre Konsumverzicht haben nun zu einem ungewöhnlichen Aufbau der Vermögensbestände bei den Haushalten geführt. Nur ein Teil dürfte durch Erwerb illiquider Vermögen, wie Immobilien, gebunden sein, der größere Teil liegt weiter auf Bankkonten. Ein überbordender Optimismus könnte also zu einem Konsumboom führen. Das Institut geht allerdings nicht von diesem Szenario aus, sondern unterstellt eine allmähliche Rückkehr zu Mustern, wie sie vor der Krise vorhanden waren. Immerhin ist jedoch für den weiteren Verlauf des Jahres verstärkte Nachfrage an Diensten, die ja von den Maßnahmen besonders hart betroffen waren, aber auch an Gütern jenseits des täglichen Bedarfs zu erwarten. Die jüngsten Werte aus vorlaufenden Indikatoren, wie etwa Einzelhandelsumsätze und Kfz-Neuzulassungen, unterstreichen diese Einschätzung.

Gegenüber der März-Prognose ist die Einschätzung des Konsumverhaltens der österreichischen Haushalte im laufenden Jahr leicht vorsichtiger geworden, da die coronabedingten Beschränkungen noch etwas länger als damals angenommen fort dauerten, vor allem im Bereich der Gastronomie und der Beherbergung. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst heuer inflationsbereinigt um 4,3 %. Diese Wachstumsrate ist sicher merkbar höher, als dies von normalen Jahren gewohnt ist, sie ist aber im Vergleich mit dem Einbruch des Vorjahres und mit der Einkommensentwicklung zu sehen. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen steigen nämlich im laufenden Jahr nur um 0,7 %, die Haushalte nehmen also ihre Spartätigkeit deutlich zurück, greifen aber ihr vor der Pandemie gewohntes Muster nicht sofort wieder auf. Im kommenden Jahr werden sich die Haushalte über eine der wirtschaftlichen Erholung entsprechende Einkommensdynamik mit einer realen Zuwachsrate von 1,8 % erfreuen können. Ein noch etwas verstärktes Konsumwachstum von 5,0 % wird genügen, um ihre Sparquote wieder auf das gewohnte Niveau zurück zu bringen.



**Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte**

Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Im Zeitraum 2015 bis 2019 hat sich diese Kenngröße in einem leichten kontinuierlichen Aufbau befunden. Die Haushalte genossen deutliche Realeinkommenszuwächse, die genügend Spielraum boten, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Das Jahr 2020 hat dieses Muster empfindlich gestört, die Konsumbeschränkungen haben zu einem Spitzenwert von 14,5 % geführt. Im laufenden und im kommenden Jahr kehrt nun die Haushaltssparquote mit Werten von 11,5 % und 8,7 % zu ihrem gewohnten Niveau zurück. Der Pfad zum Normalwert knapp oberhalb des Niveaus von 2019 wird heuer etwa zur Hälfte durchschritten.

Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** reagiert im Einklang mit dem Gesamtbild. Nach dem Negativwachstum des Vorjahres kommt es auch hier zu einer kompensierenden Belebung mit Wachstumsraten von 3,0 % und 2,5 %. Unter Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von 4,2 % und 4,9 % in den beiden Prognosejahren.

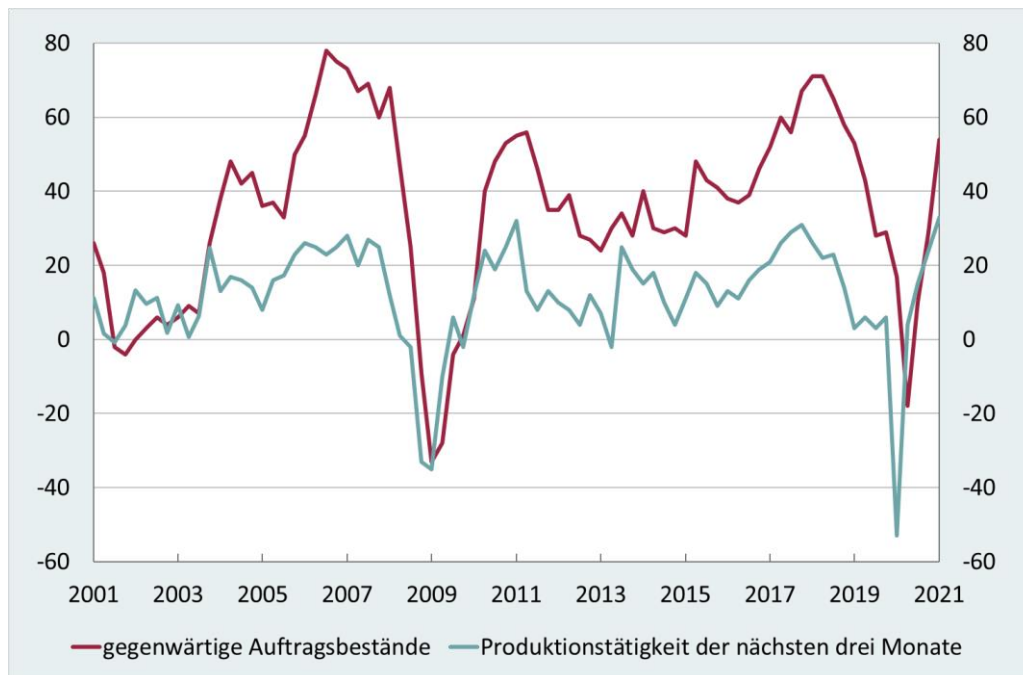
Trotz der weiterhin bestehenden Einschränkungen in vielen Dienstleistungsbereichen haben die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** im ersten Quartal 2021 sowohl im Vergleich mit dem Vorjahresquartal als auch gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass das Verarbeitende Gewerbe

kaum mehr pandemiebedingten Einschränkungen unterworfen war und vom globalen Aufschwung profitieren konnte. Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2020 um 7,9 % gesunken waren, stiegen sie im ersten Quartal 2021 um 3,0 %. Die saisonbereinigten Ausrüstungsinvestitionen waren damit um 1,2 % höher als im vierten Quartal 2019, also vor Ausbruch der Pandemie. Gegenüber dem Vorquartal gingen im ersten Quartal 2021 nur die Investitionen in Fahrzeuge um 1,5 % zurück. Alle anderen Bereiche der Ausrüstungsinvestitionen konnten zulegen, und zwar die Anschaffungen von Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) um 1,2 %, die Investitionen in geistiges Eigentum um 3,3 % und die Käufe von anderen Maschinen und Ausrüstungen um 10,3 %.

Im Prognosezeitraum dürften die Ausrüstungsinvestitionen kräftig steigen. Insbesondere in der Industrie zeigen die Indikatoren ein starkes Wachstum an. So hat sich die Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionserwartungen im Frühjahr sprunghaft verbessert (Abbildung 10). Mit der anziehenden Auslandsnachfrage hat sich auch die Kapazitätsauslastung nach dem pandemiebedingten Einbruch rasch wieder erholt. Mit rund 87 % ist sie inzwischen um zwei Prozentpunkte höher als im langjährigen Durchschnitt und um 13 Prozentpunkte höher als auf dem Tiefpunkt im zweiten Quartal 2020 (Abbildung 11).

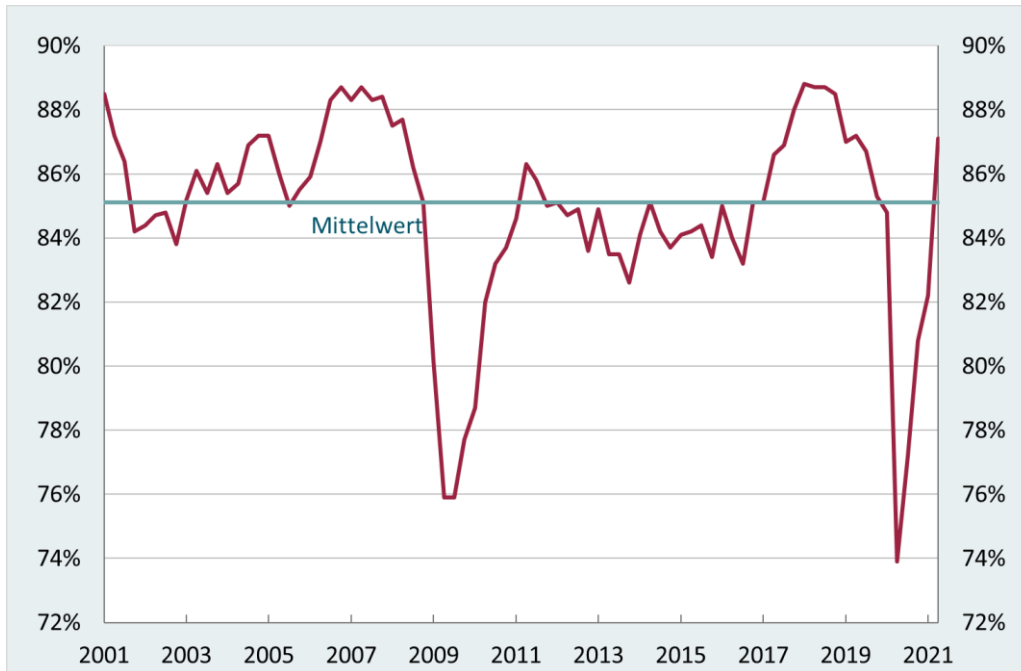
**Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate**

*Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie**  
saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Damit dürften nicht nur Investitionsprojekte nachgeholt werden, die im vergangenen Jahr angesichts der hohen Unsicherheit und der einbrechenden Nachfrage aufgeschoben wurden, sondern zunehmend auch in die Erweiterung der Produktionskapazitäten investiert werden. Unterstützung erhalten die Investitionen weiterhin von der Finanzierungsseite. Die Zinsen werden im Prognosezeitraum kaum steigen. Im Rahmen der euroraumweiten Umfrage zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) gaben die Geschäftsbanken in Österreich an, dass die Kreditkonditionen im ersten Quartal 2021 weitgehend unverändert blieben, nachdem sie im Jahr 2020 verschärft worden waren. Auch die fiskalpolitischen Maßnahmen, insbesondere die Investitionsprämie und die Möglichkeit der degressiven Abschreibung, stützen die Investitionen im Prognosezeitraum. Aufgrund der Ausgestaltung der Maßnahmen dürften Investitionen in IKT-Ausrüstung besonders profitieren. Diese erhielten bereits im Jahr 2020 angesichts der forcierten Digitalisierung einen Schub. Hinsichtlich der Wirkung der Stützungsmaßnahmen gilt es zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil der Investitionen wohl auch ohne die Förderungen getätigt worden wäre, und dass Investitionen aus den kommenden Jahren vorgezogen werden. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2021 und 2022 um 8,0 % bzw. 5,0 % steigen.

Der starke Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise hat zu einer Beschleunigung des Preisauftriebs im Investitionsgüterbereich geführt, allerdings auf einem niedrigen

Niveau. Gegenüber dem Vorjahresquartal stieg der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal 2021 um 0,7 %, nach knapp 0,2 % im Durchschnitt der drei vorangegangenen Quartale. Da der Anstieg der Rohmaterialpreise zwar temporär sein dürfte, aber wohl nur allmählich nachlässt, erwartet das Institut für den Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen in beiden Prognosejahren mit 1,1 % bzw. 1,2 % höhere Anstiege als den im Jahr 2020 verzeichneten Wert von 0,5 %.

Anders als die Ausrüstungsinvestitionen waren die **realen Bauinvestitionen** unterdurchschnittlich von der Pandemie betroffen. Sie sanken im Jahresdurchschnitt 2020 um 3,1 %, wobei die Investitionen im Wohnbau stärker zurückgingen als die sonstigen Bauinvestitionen. Im ersten Quartal 2021 waren die Wohnbauinvestitionen um 0,9 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 2,9 % höher als im Vorquartal. Damit waren die Wohnbauinvestitionen noch um 1,0 % niedriger, die sonstigen Bauinvestitionen aber bereits um 1,4 % höher als vor der Corona-Krise. Die Vorzeichen für eine Fortsetzung der positiven Entwicklung der Bautätigkeit sind günstig. Die Baubewilligungen entwickelten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 insgesamt positiv. Nach dem pandemiebedingten Einbruch vor allem im zweiten Quartal legten sie im dritten Quartal um 15,8 % im Vorjahresvergleich zu, bevor sie im vierten Quartal leicht um 0,7 % sanken. Für das Gesamtjahr steht ein Rückgang um 4,0 % zu Buche. Unterstützung erhält der Wohnbau weiterhin von der Finanzierungsseite. Wie bei den Unternehmensinvestitionen, berichteten die Banken im Rahmen der Umfrage zum Kreditgeschäft auch bei den Wohnbaukrediten von stabilen Kreditkonditionen. Für eine recht kräftige Belebung des Wohnbaus spricht auch, dass die Immobilienpreise weiter spürbar steigen, wobei sich der Preisanstieg zuletzt noch weiter verstärkt hat. Ausgehend von 2,3 % im dritten Quartal 2019, dem jüngsten Tiefpunkt in der Immobilienpreisentwicklung, nahm der Preisanstieg immer mehr Fahrt auf. Im vierten Quartal 2020 erhöhten sich die Immobilienpreise um 10,0 %, im ersten Quartal 2021 bereits um 12,3 %.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen sollten im Prognosezeitraum im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen zulegen. Dabei ist aber zu bedenken, dass nicht alle Ausrüstungsinvestitionen auch die Errichtung neuer Produktions- oder Bürogebäude erfordern. Zudem dürfte in einigen Segmenten, etwa im Städtetourismus, der Bedarf für neue Gebäude nur zögerlich steigen. Die öffentlichen Bauinvestitionen leiden unter dem pandemiebedingten Rückgang der Steuereinnahmen. Dies betrifft insbesondere die Gemeinden. Dem soll dadurch entgegengewirkt werden, dass der Bund den Kommunen Zuschüsse für die Finanzierung ihrer Investitionen gewährt. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im laufenden und dem kommenden Jahr um 3,5 % bzw. 2,5 % steigen. Falls die Knappheit bei manchen Baumaterialien wie Holz länger anhält, würde dies die Bauinvestitionen bremsen.

Der starke Anstieg der Preise für Energie und viele Baumaterialien schlägt sich in den Baukosten nieder. Nachdem diese im Juni und Juli 2020 jeweils im Vorjahresvergleich gesunken waren, konnte in den vergangenen Monaten ein sich beschleunigender Preisanstieg beobachtet werden. So erhöhten sich die Baukosten im April 2021 um 7,4 % und im Mai um 10,2 %. Zuletzt verteuerten sich vor allem Stahl, Holz und Treibstoffe. Diese kräftigen Kostensteigerungen machen sich auch in den Baupreisen bemerkbar. Diese stiegen im ersten Quartal 2021 im Hochbau um 3,6 %, im Tiefbau um 1,6 % und damit im Bau insgesamt um 2,8 %. Der Deflator der Bauinvestitionen nahm um 3,2 % zu, nach jeweils 2,9 % in den drei vorangegangenen Quartalen. Der Anstieg der Energie- und Materialpreise sollte im Verlauf des Prognosezeitraums nachlassen. Da diese Abflachung aber nur allmählich vonstattengehen dürfte, werden die Baupreise wohl in beiden Prognosejahren spürbar anziehen. Das Institut erwartet, dass der Deflator der Bauinvestitionen im Jahr 2021 um 3,8 % und im Jahr 2022 um 3,3 % zunehmen wird.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Wachstum um 5,9 % im laufenden sowie 3,8 % im kommenden Jahr, nach einem Rückgang um 5,7 % im vergangenen Jahr. Da die Anlageinvestitionen im vergangenen Jahr weniger stark als die gesamte Wirtschaftsleistung zurückgegangen sind, ist die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, leicht auf knapp 25 % gestiegen. Die vorliegende Prognose sieht einen weiteren Anstieg um etwas mehr als einen halben Prozentpunkt im laufenden Jahr vor. Im kommenden Jahr dürfte die Investitionsquote stabil bleiben. Die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen), die im Jahr 2020 um 5,6 % gesunken sind, dürften heuer um 5,8 % und im kommenden Jahr um 4,1 % ausgeweitet werden.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird durch die Konjunkturentwicklung und die Folgen der Corona-Krise geprägt. Der Wirtschaftseinbruch und die umfangreichen fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen führten im Vorjahr zu einem Budgetdefizit von 8,9 % des BIP. Bei der Schätzung des Defizits bestehen weiterhin Unsicherheiten, insbesondere was die zeitliche Zuordnung der Corona-Maßnahmen betrifft. Beispielsweise können Anträge für den Fixkostenzuschuss 1 bis Ende August 2021 eingereicht werden. Auch die Entwicklung der Einnahmen ist offen, da etwa der Ausfall von gestundeten Zahlungen von der Entwicklung der Insolvenzen abhängig ist.

Im Jahr 2020 gab der Bund rund 14,4 Mrd. Euro für die Krisenbewältigung aus. 5,5 Mrd. Euro entfielen davon auf die Corona-Kurzarbeit und 4,2 Mrd. Euro auf Unternehmensförderungen (u.a. Umsatzersatz, Fixkostenzuschüsse). Mit Stand 15. Mai beliefen sich die Ausgaben des Bundes für das Jahr 2021 auf 6,7 Mrd. Euro, wobei die Kurzarbeit 2,4 Mrd. Euro ausmachte.

Die Defizitquote sollte im heurigen Jahr aufgrund der wirtschaftlichen Erholung und der geringer ausfallenden staatlichen Stützungsmaßnahmen auf 7,4 % zurückgehen. In Folge der fortgesetzten Konjunkturerholung und des Auslaufens der Krisenbewältigungsmaßnahmen dürfte im kommenden Jahr das Defizit auf 3,7 % des BIP zurückgehen. Insgesamt ist der Budgetausblick weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet. In dieser Vorausschau sind auch angekündigte Maßnahmen wie eine ökosoziale Steuerreform nicht berücksichtigt.

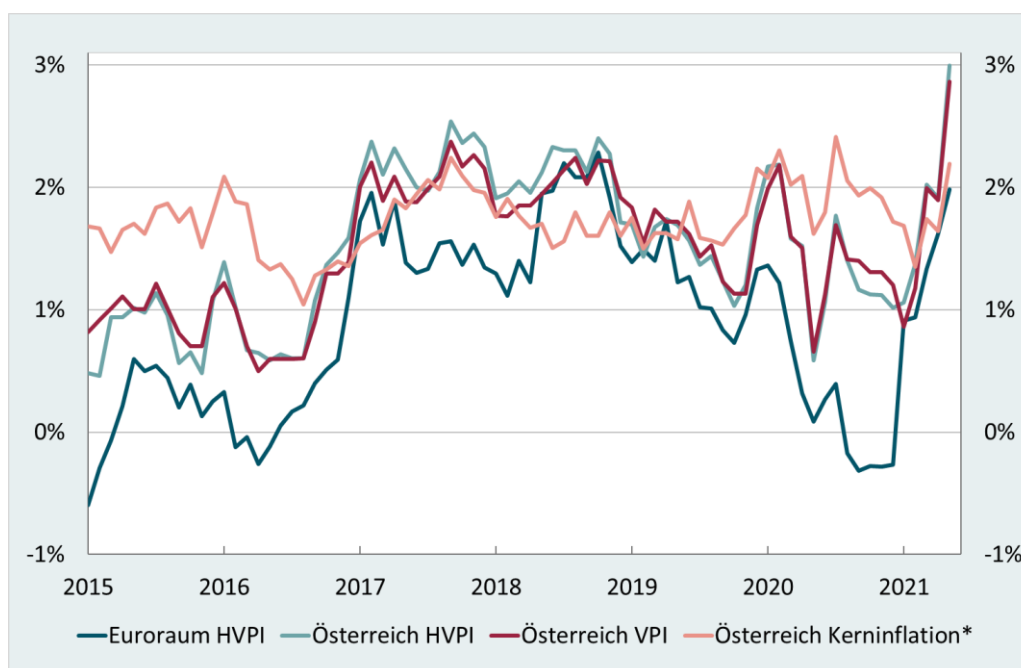
Die gute Ausgangslage der öffentlichen Haushalte hat eine adäquate Reaktion der Fiskalpolitik auf die Krise ermöglicht. Mit der Überwindung der Krise sollte eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie entwickelt werden, um Wachstumspotenziale zu heben und die Schuldenquote wieder rückführen zu können. Im Rahmen einer solchen Strategie sind Strukturreformen und Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele angeraten. Mittelfristig ist wohl kein ausgeprägtes Konsolidierungsprogramm notwendig, um auf einem nachhaltigen Budgetkurs zu bleiben. Allerdings sollten Überlegungen im Hinblick auf die Struktur der Einnahmen und Ausgaben angestellt werden. Wie immer wieder angemerkt ist es wünschenswert, zukunftsorientierten, produktivitätserhöhenden Bereichen, wie etwa Bildung, Digitalisierung und Forschung, noch höhere Priorität einzuräumen. Notwendig erscheint auch die rasche Umsetzung der diskutierten Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im ersten Quartal 2021 um 1,5 % gesunken, die Tariflöhne hingegen um 1,7 % gestiegen. Allerdings sind diese Kennzahlen derzeit stark von Kompositionseffekten beeinflusst, was die Interpretation der Lohnentwicklung insbesondere in einer Quartalsbetrachtung erschwert. Für das Gesamtjahr 2021 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne von 1,5 % aus. Stellt man dem Lohnzuwachs die Kaufkraftminderung (gemessen am Konsumdeflator von 2,2 %) gegenüber, so ergibt dies einen realen Einkommensverlust von 0,7 %. Die Lohnentwicklung sollte sich im kommenden Jahr mit 2,3 % etwas beschleunigen, sodass die Reallöhne leicht steigen werden.

Die **Inflation**, gemessen am Anstieg des Verbraucherpreisindex, ging zu Jahresbeginn auf unter 1 % zurück. Seitdem stieg sie in markanten Schritten auf 2,8 % im Mai dieses Jahres. Getragen wurde dieser Teuerungsschub maßgeblich von einem Ansteigen der Energiepreise, nachdem diese zu Beginn der Corona-Pandemie stark gefallen waren. Aber auch die Preise für Nahrungsmittel und Industriegüter trugen ihren Teil zum erhöhten Preisdruck bei. Lediglich bei den Dienstleistungen hat sich der Preisanstieg nicht beschleunigt, sie weisen aber nach wie vor die höchsten Inflationsbeiträge auf. Im Prognosezeitraum wird die Inflation wesentlich durch temporäre Entwicklungen auf den Rohstoff- und Energiemärkten getrieben. So lassen etwa produktionsbedingte Knappheiten bei Halbleitern und Baustoffen, aber auch Engpässe in den Logistikketten

(wie z.B. Verfügbarkeit von Containern oder Staus vor Hafeneinfahrten) Preise und Frachtraten steigen. Mit einiger Verzögerung dürften sich diese Preissteigerungen auch in den Verbraucherpreisen widerspiegeln. Der inflationstreibende Effekt der Erhöhung der Energiepreise wirkt bis weit in das nächste Jahr hinein. Inwieweit sich eine angestaute Konsumwelle infolge der Aufhebung der Reise- und Bewirtungsbeschränkungen auch in höhere Tourismuspreise übersetzt, ist nach wie vor schwierig einzuschätzen und bleibt daher ein Prognoserisiko. Erste Anzeichen deuten aber auf ein Anziehen der Preise hin. In der Gesamtbetrachtung geht das Institut für das laufende Jahr von einer Inflation von 2,2 % aus. Im nächsten Jahr dürfte die Teuerung mit 2,0 % nahezu gleich bleiben.

**Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum**



\*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich

Quellen: Eurostat, Statistik Austria

Das Inflationsdifferenzial Österreichs zum Euroraumdurchschnitt wird weiterhin maßgeblich durch die breit angelegte temporäre Mehrwertsteuersenkung in Deutschland im zweiten Halbjahr 2020 beeinflusst.<sup>2</sup> So hat sich nach Auslaufen der halbjährlichen Maßnahme im Dezember 2020 der Unterschied wieder deutlich zurückgebildet. Ab Juli 2021 wird der durch die Steuersenkung bedingte Basiseffekt schlagend, was zu einer höheren Inflationsrate im Euroraum beitragen und somit das Differenzial Österreichs im zweiten Halbjahr 2021 schmälern sollte. Im Jahresdurchschnitt erwartet das Institut Inflationsraten für den Euroraum von 1,9 % im

<sup>2</sup> Die Inflationsrate Deutschlands trägt mit einem Gewicht von 29 % zu jener des Euroraums bei.



laufenden und von 1,6 % im kommenden Jahr. Das Differenzial laut HVPI wird daher im Prognosezeitraum 0,4 Prozentpunkte betragen.

Die Konjunkturerholung hinterlässt ihre Spuren am Arbeitsmarkt. Nach dem coronabedingten Einbruch im Frühjahr 2020 hat die Beschäftigung in den letzten Monaten wieder kräftig zugelegt und übertraf im Mai erstmals wieder das Vorkrisenniveau (Mai 2019). Der Abbau der Arbeitslosigkeit beschleunigte sich mit den Öffnungsschritten. Ein Teil des Rückgangs der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen geht auf die ausgeweiteten Schulungsaktivitäten des AMS zurück. Jedenfalls erfolgte der Arbeitslosigkeitsabbau deutlich schneller als noch in der März-Prognose erwartet. Das Institut geht davon aus, dass die Arbeitslosenquote (nationale Definition) im Jahresdurchschnitt 2021 auf 8,4 % sinkt. Im kommenden Jahr könnte die Quote weiter auf 7,9 % zurückgehen. Die Ausweitung der Budgetmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik wirkt einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit entgegen. Für eine stärkere Reduktion der Arbeitslosigkeit wären wohl weitere Anstrengungen zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit sowie von qualifikatorischem und regionalem Mis-Match am Arbeitsmarkt erforderlich.

Nach dem coronabedingten neuerlichen Einbruch zum Jahresende 2020 hat die **Beschäftigung** in den letzten Monaten deutlich angezogen. Während die Zahl der Aktiv-Beschäftigten im ersten Quartal 2021 noch deutlich hinter dem Vorkrisenniveau zurückblieb, wurde im Mai bereits der Beschäftigtenstand von 2019 um 0,6 % übertroffen. Da die Interpretation von Vorjahresvergleichen gegenwärtig durch Corona-Effekte erschwert wird, wird im Folgenden mit dem jeweiligen Monat des Jahres 2019 (Vorkrisenniveau) verglichen. Das Tempo der Erholung der Beschäftigung ist sektoral unterschiedlich. Besonders kräftig expandierte der Bau mit einem Anstieg von 4,5 %. Im Dienstleistungssektor wurde die Beschäftigung um 0,5 % ausgeweitet. Hingegen blieb die Zahl der Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion um 1 % unter dem Vorkrisenniveau. Während die Bereiche Gesundheits- und Sozialwesen, Information und Kommunikation, Elektro/Elektronik sowie Bau merkliche Arbeitsplatzgewinne verzeichneten, gingen in den Bereichen Gastronomie und Beherbergung sowie Textil mindestens 10 % der Arbeitsplätze verloren. In den Bereichen sonstige persönliche Dienstleistungen und Bergbau betrug der Verlust zumindest 5 %.

In den kommenden Monaten dürfte sich die positive Beschäftigungsdynamik weiter fortsetzen und die Corona-Kurzarbeit wird wohl deutlich reduziert werden. Während in der März-Prognose für den Jahresdurchschnitt 2021 mit einem Anstieg der Aktiv-Beschäftigung um 1,3 % gerechnet wurde, wird die Beschäftigungsprognose auf 2,0 % angehoben. Für das Jahr 2022 wird nunmehr eine Zunahme um 1,8 % erwartet.



Mit den Öffnungsschritten ist die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** zwischen Ende März und Mai von 381.000 auf 317.000 gefallen, wozu auch saisonale Effekte beigetragen haben. Im Vorjahresvergleich ist die Arbeitslosenzahl zwar um 33 % gesunken, lag damit aber immer noch um 38.000 Personen über dem Vorkrisenniveau. Die sektorale Entwicklung der Arbeitslosigkeit reflektiert weiterhin die coronabedingten Einschränkungen, allerdings mit verringerten Abständen. Von der Verbesserung im Bereich Gastronomie und Beherbergung profitierten insbesondere die weiblichen Arbeitslosen, die im ersten Quartal deutlich höhere Anstiege der Arbeitslosigkeit verzeichneten.

**Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Mai 2021**

*Veränderungen gegenüber Vorjahr*

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	46.544	1,3 %
Männer	33.523	1,7 %
Frauen	13.021	0,8 %
Aktiv-Beschäftigte <sup>i</sup>	50.349	1,4 %
Primärer Sektor	1.185	1,7 %
Sachgüterproduktion	-1.108	-0,2 %
Bau	19.325	7,6 %
Dienstleistungssektor	30.908	1,2 %
Arbeitslose gesamt	-46.106	-10,5 %
Männer	-28.919	-11,8 %
Frauen	-17.186	-8,9 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	17.452	30,9 %

<sup>i</sup> ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Mit dem Auslaufen der Eindämmungsmaßnahmen dürften die Arbeitslosenzahlen in den kommenden Monaten weiter zurückgehen, allerdings deutlich langsamer als zuletzt. Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen erwarten, dass nur ein kleinerer Teil der zusätzlichen Beschäftigten aus dem Arbeitslosenpool kommt. Darüber hinaus wird die Kurzarbeitsförderung eingeschränkt. Somit erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt 2021 einen Bestand von 347.000 als arbeitslos vorgemerkten Personen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt damit um 52.000 Personen unter dem Vorjahr, aber immer noch um rund 45.000 Personen über dem Vorkrisenniveau. Bei der Interpretation des Rückgangs

im heurigen Jahr ist auch die deutliche Ausweitung der Schulungsaktivitäten zu berücksichtigen. Das Institut unterstellt für den Prognosezeitraum 75.000 bzw. 72.000 Personen in Schulungsmaßnahmen nach 57.000 im Vorjahr. Ausgehend von 9,9 % wird laut Prognose die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 8,4 % zurückgehen und im Jahr 2022 7,9 % betragen. Für die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition erwartet das Institut Werte von 5,3 % und 5,1 %.

Die durch die Fortschritte in der Bewältigung der Gesundheitskrise ermöglichten Öffnungsschritte haben im Verein mit der internationalen Wirtschaftserholung zu einer spürbaren Verbesserung der Arbeitsmarktlage geführt. Allerdings dürfte die Arbeitslosigkeit noch länger hoch bleiben und es besteht das Risiko einer weiteren Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund begrüßt das Institut die deutliche Ausweitung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die auf Qualifizierung und Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit abzielen. Weitere Maßnahmen zur Hebung der beruflichen Qualifikationen und zur Förderung der regionalen Mobilität erscheinen vor dem Hintergrund der zunehmenden Mis-Match-Arbeitslosigkeit für eine Reduktion der strukturellen Arbeitslosigkeit notwendig. Darüber hinaus sollten Maßnahmen zur Verringerung der im internationalen Vergleich hohen steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit umgesetzt werden. Bedarf besteht aus Sicht des Instituts an einer Stärkung der präventiven Komponente der Arbeitsmarktpolitik, also von Maßnahmen, die bereits vor dem Entstehen von Arbeitslosigkeit ansetzen. Im Kontext der Corona-Krise sollte ein besonderes Augenmerk auf die Neueintretenden am Arbeitsmarkt gelegt werden, da Nachteile beim Berufseinstieg noch lange nachwirken können. Durch gezielte Maßnahmen der Bildungspolitik sollten allfällige durch die Corona-Krise verursachte Defizite beim Humankapital der künftigen Arbeitskräfte ausgeglichen werden.

## 5 Monetäre Prognose

Die Leitzinsen liegen international weiterhin nahe bei null bzw. sogar darunter (Tabelle 5). So beträgt etwa der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum 0,0 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, hat zuletzt deutlich angezogen und betrug im März, April und Mai 1,3 %, 1,6 % bzw. 2,0 %. Damit war sie im Mai sogar etwas höher als die Zielmarke der EZB, welche unterhalb von, aber knapp bei 2 % liegt. Ein Großteil dieses Anstiegs ist jedoch auf temporäre Effekte, etwa Basiseffekte von Energiepreisen, zurückzuführen und dürfte somit die gegenwärtige Geldpolitik der EZB nicht verändern. Für den Jahresdurchschnitt 2021 und 2022 wird mit Werten von 1,9 % bzw. 1,6 % gerechnet. Die Leitzinsen im Euroraum werden im Prognosezeitraum wohl auf ihren niedrigen Niveaus verharren. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich deutlich expansiv ausgerichtet.

**Tabelle 5: Leitzinsen**

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2018	0	2,25 – 2,5	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2019	0	1,5 – 1,75	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,10	–0,75	–0,1
21.6.2021	0	0 – 0,25	0,10	–0,75	–0,1

Für das Jahr 2018 wird bei den Leitzinsen der Schweizerischen Nationalbank der mittlere Satz des damals gültigen Zielbandes angegeben.

Quellen: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

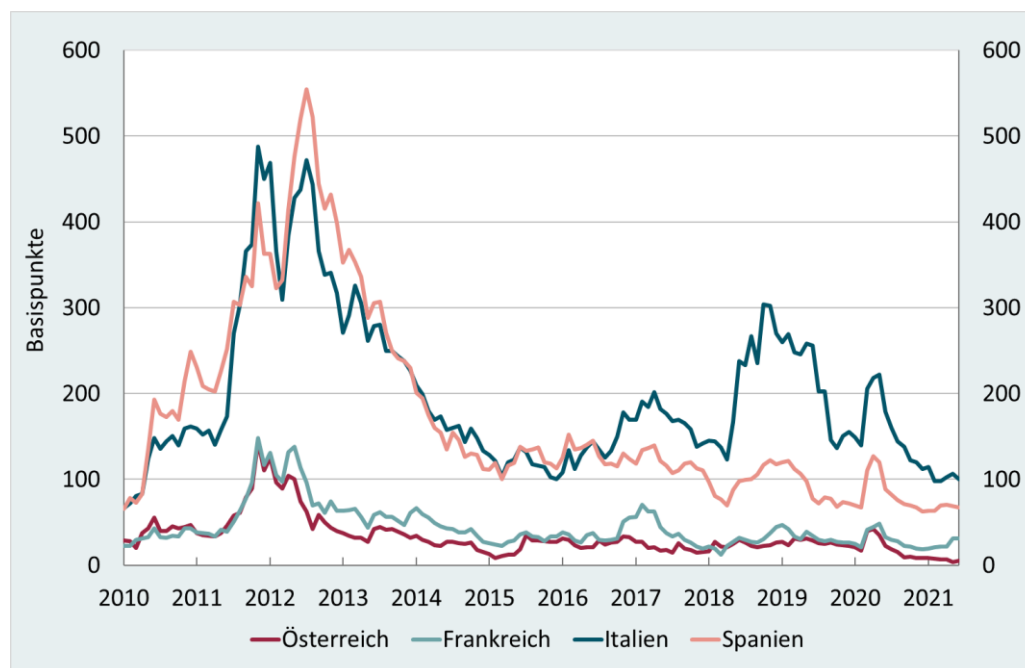
Die EZB hat im Juni ihre Ankaufprogramme bestätigt und tätigt im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) nach wie vor deutlich umfangreichere Käufe als zu Beginn des Jahres, um die Finanzierungsbedingungen im Euroraum günstig zu halten. Die Leitzinsen wurden erwartungsgemäß nicht verändert. Bezüglich künftiger Zinsentscheidungen kommuniziert die EZB weiterhin, dass die Leitzinsen solange nicht angehoben werden, bis sich die Inflationsaussichten dem Inflationsziel von knapp unter 2 % nähern und sich dies auch in der zugrundeliegenden Inflationsdynamik widerspiegelt. In diesem Zusammenhang wird explizit die Symmetrie betont, d. h. ein kurzfristiges Überschießen der Inflation sollte keinen unmittelbaren Handlungsbedarf auslösen.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Geldpolitik der EZB konstant geblieben und notierten im Durchschnitt des zweiten Quartals bei –0,5 %. Damit haben sie sich gegenüber dem Vorquartal nicht verändert und sind im Vergleich zum Vorjahresquartal um rund 25 Basispunkte gesunken. Für den Prognosezeitraum

erwartet das Institut keine Veränderung der kurzfristigen Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte damit in beiden Prognosejahren jeweils  $-0,5\%$  betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen sind in den vergangenen Monaten leicht gestiegen. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren notierten im zweiten Quartal des laufenden Jahres jeweils zu durchschnittlich  $-0,2\%$ . Dies bedeutet einen Anstieg der Renditen um rund 20 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und einen Rückgang der österreichischen Renditen um etwa 10 Basispunkte bzw. einen Anstieg der deutschen Renditen um etwa 20 Basispunkte im Vergleich zum Vorjahresquartal.

**Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland**



Quellen: Refinitiv Datastream, Monatsdaten (Durchschnittswert der Tagesdaten)

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Zuletzt ist allerdings der Abstand zu den österreichischen Staatsanleihen auf fast null gesunken, d. h. österreichische Staatsanleihen werden als nahezu gleich sicher eingestuft wie deutsche Bundesanleihen. Die Spreads (Renditeabstände) der besonders stark von der Corona-Pandemie betroffenen Staaten weiteten sich im Frühjahr des letzten Jahres in Erwartung steigender Staatsschulden deutlich aus (Abbildung 13). Die Ankündigung des EZB-Notfallprogramms gekoppelt mit anderen europäischen und nationalen Stützungsprogrammen konnte diesen Anstieg jedoch abfangen, und momentan liegen die

Aufschläge deutlich unter den Vor-Corona-Niveaus. Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode leicht ansteigt. Für die Jahre 2021 und 2022 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von  $-0,1\%$  bzw.  $0,0\%$  prognostiziert.

Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2021 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar 1,21 USD/EUR. Damit ist der Euro verglichen mit dem Vorquartal konstant geblieben und hat gegenüber dem Vorjahresquartal um knapp  $10\%$  aufgewertet. Auch für die Jahre 2021 und 2022 wird keine Veränderung des Wechselkurses erwartet, das Institut rechnet mit durchschnittlichen Jahreskursen von jeweils 1,21 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2021 und 2022 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um  $6,9\%$  bzw.  $4,5\%$  steigen. Die Spareinlagen dürften zunächst um  $15,7\%$  wachsen<sup>3</sup> und danach weitgehend konstant bleiben ( $0,3\%$ ). Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um  $3,3\%$  bzw.  $2,7\%$ .

---

<sup>3</sup> Dieses kräftige Wachstum der Spareinlagen ist zum allergrößten Teil auf eine Neuklassifikation von gewissen Produktgruppen (z. B. Online-Sparen) vom dritten auf das vierte Quartal 2020 zurückzuführen. Allein in diesem Zeitraum (viertes Quartal 2020 gegenüber drittem Quartal 2020) betrug das Wachstum der Spareinlagen  $20,3\%$ .



## 6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,544 2,4%	368,820 2,6%	374,053 1,4%	350,641 -6,3%	362,414 3,4%	378,885 4,5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,341 3,3%	385,362 4,3%	397,575 3,2%	377,297 -5,1%	397,527 5,4%	423,308 6,5%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	100,000 2,3%	101,848 1,8%	102,725 0,9%	104,485 1,7%	106,289 1,7%	107,602 1,2%	109,688 1,9%	111,725 1,9%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	100,000 0,9%	100,900 0,9%	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,700 1,5%	108,200 1,4%	110,580 2,2%	112,792 2,0%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,455 2,1%	48,561 2,3%	49,281 1,5%	50,554 2,6%	51,846 2,6%	51,989 0,3%	52,769 1,5%	53,957 2,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3716,812 2,0%	3781,856 1,8%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,400 -1,527	7,887 -0,512



TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
PRIVATER KONSUM	181,371 0,5%	184,174 1,5%	187,707 1,9%	189,750 1,1%	191,360 0,8%	173,680 -9,2%	180,961 4,2%	189,803 4,9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	68,033 0,9%	69,282 1,8%	69,890 0,9%	70,701 1,2%	71,748 1,5%	73,383 2,3%	74,484 1,5%	74,857 0,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	78,138 2,3%	81,502 4,3%	84,859 4,1%	88,162 3,9%	91,678 4,0%	86,411 -5,7%	91,491 5,9%	94,998 3,8%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	3,791 1,1	4,113 1,2	4,446 1,2	5,765 1,6	2,938 0,8	2,942 0,8	2,942 0,8	3,192 0,8
INLANDSNACHFRAGE	331,356 1,2%	339,072 2,3%	347,643 2,5%	355,327 2,2%	359,232 1,1%	338,026 -5,9%	351,612 4,0%	364,672 3,7%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,913 3,8	12,046 3,4	11,842 3,3	13,463 3,7	14,824 4,0	12,507 3,6	10,752 3,0	14,163 3,7
BIP ZU MARKTPREISEN	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,544 2,4%	368,820 2,6%	374,053 1,4%	350,641 -6,3%	362,414 3,4%	378,885 4,5%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
PRIVATER KONSUM	0,261	0,814	1,003	0,571	0,441	-4,777	2,096	2,469
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,174	0,363	0,173	0,226	0,286	0,443	0,320	0,104
BRUTTOINVESTITIONEN	0,763	1,063	1,057	1,313	0,194	-1,420	1,453	1,050
ANLAGEINVESTITIONEN	0,522	0,977	0,951	0,920	0,957	-1,418	1,465	0,982
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,163	0,094	0,094	0,359	-0,765	0,001	0,000	0,024
EXPORTE I.W.S.	1,628	1,586	2,567	2,999	1,639	-5,560	3,798	4,633
WAREN	1,187	1,071	1,806	2,037	0,835	-2,439	3,451	1,973
Dienstleistungen	0,441	0,515	0,761	0,963	0,804	-3,121	0,347	2,660
IMPORTE I.W.S.	-1,819	-1,838	-2,598	-2,560	-1,283	5,005	-4,259	-3,735
WAREN	-1,567	-1,336	-1,572	-1,435	-0,415	2,565	-3,159	-1,805
Dienstleistungen	-0,253	-0,502	-1,026	-1,125	-0,868	2,440	-1,100	-1,930
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,015	1,989	2,400	2,580	1,419	-6,259	3,358	4,545

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
HAUSHALTSSPARQUOTE	6,7	7,8	7,5	7,8	8,2	14,5	11,5	8,7
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,6	1,1	-0,4	0,4	0,4	6,2	-3,0	-2,7
INVESTITIONSQUOTE	22,7	23,1	23,6	24,0	24,7	24,9	25,6	25,5
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,0	0,4	0,5	0,4	0,7	0,2	0,7	-0,1
REALZINSSATZ	-1,55	-1,48	-0,30	-1,02	-1,69	-1,52	-2,07	-1,82
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,86	0,08	1,18	-0,72	-0,66	0,16	-0,55	0,25
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	100,00 0,8%	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	110,96 2,3%	113,18 2,0%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,455 0,6%	47,860 0,9%	47,700 -0,3%	47,942 0,5%	48,292 0,7%	47,944 -0,7%	47,615 -0,7%	47,732 0,2%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,982 0,0%	10,025 0,4%	10,063 0,4%	10,074 0,1%	10,055 -0,2%	9,623 -4,3%	9,751 1,3%	10,018 2,7%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	125,034 2,0%	127,404 1,9%	128,811 1,1%	131,988 2,5%	135,617 2,7%	142,103 4,8%	142,340 0,2%	141,652 -0,5%
ARBEITSLOSENQUOTE EUROSTAT DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	5,7 0,1	6,0 0,3	5,5 -0,5	4,9 -0,6	4,5 -0,4	5,4 0,9	5,3 -0,1	5,1 -0,2
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP) ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,0 1,7	-1,5 -0,5	-0,8 0,7	0,2 1,0	0,6 0,4	-8,8 -9,4	-7,4 1,4	-3,7 3,8

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,921 1,7%	179,350 3,1%	185,981 3,7%	191,708 3,1%	196,752 2,6%	179,967 -8,5%	191,743 6,5%	205,357 7,1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,450 7,1%	7,542 1,2%	7,933 5,2%	8,370 5,5%	8,791 5,0%	8,697 -1,1%	9,138 5,1%	9,553 4,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	68,033 3,1%	70,274 3,3%	71,986 2,4%	74,506 3,5%	77,321 3,8%	80,520 4,1%	82,953 3,0%	84,619 2,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	81,955 4,5%	86,743 5,8%	91,729 5,7%	98,434 7,3%	101,267 2,9%	95,130 -6,1%	102,966 8,2%	109,233 6,1%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	41,719 5,1%	45,366 8,7%	48,194 6,2%	50,764 5,3%	53,707 5,8%	49,706 -7,5%	54,273 9,2%	57,670 6,3%
BAUINVESTITIONEN	36,419 1,8%	37,228 2,2%	39,065 4,9%	41,662 6,6%	44,429 6,6%	44,290 -0,3%	47,559 7,4%	50,333 5,8%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,003 -0,001	0,000 0,003	0,029 0,029	-0,262 -0,291	0,041 0,302	-0,613 -0,653	-0,607 0,006	-0,607 0,000
INLANDSNACHFRAGE	331,356 2,8%	343,909 3,8%	357,658 4,0%	372,756 4,2%	384,171 3,1%	363,701 -5,3%	386,193 6,2%	408,155 5,7%
EXPORTE I.W.S.	182,769 2,8%	187,409 2,5%	199,643 6,5%	214,612 7,5%	220,955 3,0%	198,567 -10,1%	216,032 8,8%	237,642 10,0%
IMPORTE I.W.S.	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,006 7,5%	207,551 2,7%	184,971 -10,9%	204,698 10,7%	222,489 8,7%
BIP ZU MARKTPREISEN	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,341 3,3%	385,362 4,3%	397,575 3,2%	377,297 -5,1%	397,527 5,4%	423,308 6,5%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,921 0,3%	176,761 1,6%	180,014 1,8%	181,805 1,0%	183,262 0,8%	165,961 -9,4%	173,015 4,3%	181,666 5,0%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,450 5,1%	7,413 -0,5%	7,692 3,8%	7,945 3,3%	8,098 1,9%	7,714 -4,7%	7,946 3,0%	8,144 2,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	68,033 0,9%	69,282 1,8%	69,890 0,9%	70,701 1,2%	71,748 1,5%	73,383 2,3%	74,484 1,5%	74,857 0,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	81,955 3,2%	85,616 4,5%	89,348 4,4%	94,071 5,3%	94,786 0,8%	89,503 -5,6%	94,660 5,8%	98,497 4,1%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	41,719 4,2%	44,965 7,8%	47,396 5,4%	49,361 4,1%	51,470 4,3%	47,385 -7,9%	51,176 8,0%	53,735 5,0%
BAUINVESTITIONEN	36,419 0,1%	36,538 0,3%	37,469 2,5%	38,810 3,6%	40,223 3,6%	38,977 -3,1%	40,341 3,5%	41,350 2,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,003 -0,049	0,002 0,005	0,757 0,755	0,836 0,079	1,335 0,499	1,572 0,237	1,558 -0,014	1,558 0,000
INLANDSNACHFRAGE	331,356 1,2%	339,072 2,3%	347,643 2,5%	355,327 2,2%	359,232 1,1%	338,026 -5,9%	351,612 4,0%	364,672 3,7%
EXPORTE I.W.S.	182,769 3,0%	188,231 3,0%	197,451 4,9%	208,407 5,5%	214,539 2,9%	193,075 -10,0%	207,009 7,2%	224,656 8,5%
IMPORTE I.W.S.	169,856 3,6%	176,185 3,7%	185,609 5,3%	194,944 5,0%	199,716 2,4%	180,568 -9,6%	196,257 8,7%	210,493 7,3%
BIP ZU MARKTPREISEN	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,544 2,4%	368,820 2,6%	374,053 1,4%	350,641 -6,3%	362,414 3,4%	378,885 4,5%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	100,000 1,4%	101,465 1,5%	103,315 1,8%	105,447 2,1%	107,361 1,8%	108,439 1,0%	110,824 2,2%	113,041 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	100,000 2,2%	101,432 1,4%	102,999 1,5%	105,382 2,3%	107,768 2,3%	109,725 1,8%	111,371 1,5%	113,041 1,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	100,000 1,2%	101,340 1,3%	102,828 1,5%	104,837 2,0%	107,044 2,1%	108,778 1,6%	111,302 2,3%	113,690 2,1%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	100,000 0,8%	100,893 0,9%	101,684 0,8%	102,843 1,1%	104,347 1,5%	104,896 0,5%	106,050 1,1%	107,323 1,2%
BAUINVESTITIONEN	100,000 1,6%	101,889 1,9%	104,260 2,3%	107,350 3,0%	110,456 2,9%	113,631 2,9%	117,892 3,8%	121,724 3,3%
INLANDSNACHFRAGE	100,000 1,6%	101,426 1,4%	102,881 1,4%	104,905 2,0%	106,942 1,9%	107,596 0,6%	109,835 2,1%	111,924 1,9%
EXPORTE I.W.S.	100,000 -0,3%	99,564 -0,4%	101,110 1,6%	102,977 1,8%	102,990 0,0%	102,844 -0,1%	104,359 1,5%	105,780 1,4%
IMPORTS I.W.S.	100,000 -1,8%	98,596 -1,4%	101,267 2,7%	103,622 2,3%	103,923 0,3%	102,438 -1,4%	104,301 1,8%	105,699 1,3%
BIP ZU MARKTPREISEN	100,000 2,3%	101,848 1,8%	102,725 0,9%	104,485 1,7%	106,289 1,7%	107,602 1,2%	109,688 1,9%	111,725 1,9%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
WARENEXPORTE	129,184 2,4%	131,524 1,8%	140,058 6,5%	150,278 7,3%	152,545 1,5%	141,510 -7,2%	156,847 10,8%	166,748 6,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	38,630 2,9%	40,354 4,5%	43,292 7,3%	46,882 8,3%	50,088 6,8%	45,792 -8,6%	50,167 9,6%	52,956 5,6%
REISEVERKEHR	14,956 5,3%	15,532 3,8%	16,293 4,9%	17,451 7,1%	18,322 5,0%	11,265 -38,5%	9,019 -19,9%	17,938 98,9%
EXPORTE I.W.S.	182,769 2,8%	187,409 2,5%	199,643 6,5%	214,612 7,5%	220,955 3,0%	198,567 -10,1%	216,032 8,8%	237,642 10,0%
WARENIMPORTE	126,855 1,3%	128,855 1,6%	138,912 7,8%	148,110 6,6%	149,496 0,9%	136,215 -8,9%	151,097 10,9%	160,252 6,1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	35,523 3,2%	37,049 4,3%	40,492 9,3%	44,564 10,1%	48,485 8,8%	45,281 -6,6%	49,171 8,6%	53,253 8,3%
REISEVERKEHR	7,478 1,8%	7,806 4,4%	8,556 9,6%	9,332 9,1%	9,570 2,6%	3,475 -63,7%	4,430 27,5%	8,984 102,8%
IMPORTE I.W.S.	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,006 7,5%	207,551 2,7%	184,971 -10,9%	204,698 10,7%	222,489 8,7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
WARENEXPORTE	129,184 3,1%	132,871 2,9%	139,395 4,9%	146,881 5,4%	150,026 2,1%	140,490 -6,4%	153,415 9,2%	161,085 5,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	38,630 2,4%	40,052 3,7%	42,356 5,8%	45,175 6,7%	47,646 5,5%	42,747 -10,3%	46,252 8,2%	48,102 4,0%
REISEVERKEHR	14,956 4,0%	15,308 2,4%	15,703 2,6%	16,353 4,1%	16,853 3,1%	10,175 -39,6%	7,967 -21,7%	15,536 95,0%
EXPORTE I.W.S.	182,769 3,0%	188,231 3,0%	197,451 4,9%	208,407 5,5%	214,539 2,9%	193,075 -10,0%	207,009 7,2%	224,656 8,5%
WARENIMPORTE	126,855 4,2%	131,455 3,6%	137,189 4,4%	142,424 3,8%	143,962 1,1%	134,140 -6,8%	145,877 8,8%	152,807 4,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	35,523 2,3%	37,052 4,3%	39,999 8,0%	43,382 8,5%	46,636 7,5%	43,243 -7,3%	46,378 7,3%	49,485 6,7%
REISEVERKEHR	7,478 0,6%	7,678 2,7%	8,390 9,3%	9,105 8,5%	9,106 0,0%	3,233 -64,5%	4,041 25,0%	8,034 98,8%
IMPORTE I.W.S.	169,856 3,6%	176,185 3,7%	185,609 5,3%	194,944 5,0%	199,716 2,4%	180,568 -9,6%	196,257 8,7%	210,493 7,3%



TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
WARENEXPORTE	100,000 -0,7%	98,987 -1,0%	100,476 1,5%	102,313 1,8%	101,679 -0,6%	100,726 -0,9%	102,237 1,5%	103,515 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 0,5%	100,754 0,8%	102,210 1,4%	103,780 1,5%	105,125 1,3%	107,125 1,9%	108,464 1,3%	110,091 1,5%
REISEVERKEHR	100,000 1,2%	101,459 1,5%	103,756 2,3%	106,715 2,9%	108,718 1,9%	110,707 1,8%	113,198 2,3%	115,462 2,0%
EXPORTE I.W.S.	100,000 -0,3%	99,564 -0,4%	101,110 1,6%	102,977 1,8%	102,990 0,0%	102,844 -0,1%	104,359 1,5%	105,780 1,4%
WARENIMPORTE	100,000 -2,7%	98,023 -2,0%	101,255 3,3%	103,993 2,7%	103,844 -0,1%	101,547 -2,2%	103,578 2,0%	104,873 1,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 0,9%	99,992 0,0%	101,233 1,2%	102,726 1,5%	103,964 1,2%	104,714 0,7%	106,023 1,3%	107,614 1,5%
REISEVERKEHR	100,000 1,2%	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	105,095 2,5%	107,479 2,3%	109,628 2,0%	111,821 2,0%
IMPORTE I.W.S.	100,000 -1,8%	98,596 -1,4%	101,267 2,7%	103,622 2,3%	103,923 0,3%	102,438 -1,4%	104,301 1,8%	105,699 1,3%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,000 1,6%	100,982 1,0%	99,845 -1,1%	99,377 -0,5%	99,102 -0,3%	100,396 1,3%	100,055 -0,3%	100,077 0,0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100,000 2,1%	100,983 1,0%	99,230 -1,7%	98,385 -0,9%	97,916 -0,5%	99,192 1,3%	98,706 -0,5%	98,706 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
IMPORTQUOTE, GESAMT	49,338	48,576	50,891	52,420	52,204	49,025	51,493	52,560
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,779	-0,763	2,315	1,529	-0,216	-3,179	2,468	1,067
IMPORTQUOTE, GÜTER	36,848	36,033	37,611	38,434	37,602	36,103	38,009	37,857
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,732	-0,815	1,578	0,823	-0,832	-1,499	1,906	-0,152
EXPORTQUOTE, GESAMT	53,089	52,406	54,054	55,691	55,576	52,629	54,344	56,139
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,298	-0,683	1,647	1,637	-0,115	-2,947	1,715	1,795
EXPORTQUOTE, GÜTER	37,524	36,779	37,921	38,997	38,369	37,506	39,456	39,392
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,330	-0,745	1,142	1,076	-0,628	-0,863	1,949	-0,064

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5554,650 0,9%	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5633,895 0,0%	5627,233 -0,1%	5612,545 -0,3%
ERWERBSQUOTE	78,575 0,9%	78,900 0,4%	79,728 1,0%	80,769 1,3%	81,595 1,0%	82,002 0,5%	82,248 0,3%	83,399 1,4%
ERWERBSPERSONEN	4364,585 1,8%	4428,084 1,5%	4485,272 1,3%	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4619,903 0,5%	4628,283 0,2%	4680,830 1,1%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3652,427 0,9%	3674,603 0,6%	3687,409 0,3%	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3701,922 0,1%	3679,091 -0,6%	3688,924 0,3%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	712,158 6,4%	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	949,192 3,4%	991,906 4,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	475,400 2,0%	483,900 1,8%	490,000 1,3%	493,600 0,7%	496,100 0,5%	493,100 -0,6%	493,100 0,0%	498,031 1,0%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3889,185 1,7%	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4135,183 0,2%	4182,799 1,2%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3716,812 2,0%	3781,856 1,8%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	86,109 -2,0%	84,440 -1,9%	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	71,034 -3,0%	71,034 0,0%
ARBEITSLOSE	354,332 11,0%	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	347,338 -15,2%	329,909 -5,0%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,400 -1,527	7,887 -0,512

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	163,661 3,1%	170,081 3,9%	176,086 3,5%	185,084 5,1%	192,871 4,2%	189,446 -1,8%	196,134 3,5%	204,056 4,0%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	135,955 3,1%	142,151 4,6%	146,668 3,2%	153,046 4,3%	155,832 1,8%	156,536 0,5%	159,432 1,8%	170,996 7,3%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	44,653 5,2%	45,376 1,6%	46,587 2,7%	47,232 1,4%	48,873 3,5%	31,315 -35,9%	41,962 34,0%	48,256 15,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,341 3,3%	385,362 4,3%	397,575 3,2%	377,297 -5,1%	397,527 5,4%	423,308 6,5%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,390 -872,2%	-0,027 -99,2%	-3,463 12754,7%	-3,506 1,2%	1,983 -156,6%	-0,850 -142,9%	-0,867 2,0%	-0,884 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	61,605 2,8%	63,753 3,5%	66,273 4,0%	69,369 4,7%	72,722 4,3%	75,631 4,3%	78,467 3,8%	81,410 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	279,275 2,1%	293,828 5,2%	299,604 2,0%	312,487 4,3%	326,836 4,6%	300,816 -8,0%	318,193 5,8%	341,014 7,2%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,146 1,1%	-3,446 9,5%	-2,682 -22,2%	-3,714 38,5%	-3,479 -6,4%	-2,975 -14,5%	-3,064 3,0%	-3,156 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	276,128 2,1%	290,382 5,2%	296,922 2,3%	308,772 4,0%	323,357 4,7%	297,841 -7,9%	315,128 5,8%	337,858 7,2%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	318,657 4,4%	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	399,604 6,4%	427,176 6,9%	446,399 4,5%
DAVON SPAREINLAGEN	147,147 -1,9%	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	160,649 4,7%	185,871 15,7%	186,429 0,3%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	323,817 1,3%	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	374,486 4,3%	386,844 3,3%	397,289 2,7%
EURIBOR 3M	-0,02	-0,26	-0,33	-0,32	-0,36	-0,43	-0,53	-0,47
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,23	-0,24	-0,07	0,01	-0,04	-0,07	-0,10	0,06
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,75	0,37	0,56	0,69	0,05	-0,28	-0,13	0,04
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,73	-0,38	0,19	0,13	-0,64	-0,33	0,15	0,17

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
USD/EUR	1,11 -16,5%	1,11 0,0%	1,13 2,2%	1,18 4,5%	1,12 -5,2%	1,14 1,8%	1,21 6,1%	1,21 0,0%
GBP/EUR	0,73 -9,9%	0,82 12,7%	0,88 7,0%	0,89 1,0%	0,88 -0,6%	0,89 1,1%	0,87 -2,2%	0,87 0,0%
YEN/EUR	134,35 -4,3%	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,80 -0,2%	131,68 8,1%	133,87 1,7%
CHF/EUR	1,07 -12,0%	1,09 2,0%	1,11 2,0%	1,16 3,9%	1,11 -3,9%	1,07 -3,6%	1,09 1,9%	1,09 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
STATISTISCHER ÜBERHANG <sup>1</sup>	0,2%	0,4%	1,1%	0,7%	0,9%	-0,3%	0,2%	3,0%
JAHRESVERLAUFSRATE <sup>2</sup>	1,1%	2,7%	2,1%	2,7%	0,2%	-5,9%	6,2%	2,2%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE <sup>3</sup>	1,0%	2,0%	2,4%	2,6%	1,4%	-6,3%	3,4%	4,5%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)